Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287. Dienstag, den 9. Dezember 1919. 26. Jahrg.

Preußische Offiziere.

Der Prozeß Marloh wegen der Erschießung der 29 Mitglieder der Volksmarinedivision geht seinem Ende entgegen. Die Aufklärung, die er er geschaffen hat, ist erfreulicherweise ziemlich umfassend: Das Bild der scheußlichen Mordtat steht unverhüllt vor der erschreckten Welt.

In der Aufregung der Märzkämpfe — das wollen wir den Schuldigen zugute halten — mochte das Korps Lüttwitz ernsthaft glauben, daß die Volksmarinedivision neue Unternehmungen gegen die Regierung plane. Daher der Befehl, das Haus in der Französischen Straße zu besetzen und die zum Löhnungsappell erscheinenden Mannschaften festzunehmen. Den Auftrag zur Ausführung des Befehls erhielt der Oberleutnant Marloh. Nun aber beginnen die Verbrechen in unendlicher Fülle. Marloh berichtet wahrheitswidrig an Reinhardt, daß die gefangenen Matrosen aufsässig seien, und daß er in der größten Gefahr schwebe. Oberst Reinhardt gibt den Befehl, rücksichtslos durchzugreifen und nötigenfalls alle Gefangenen zu erschießen. Hätte Reinhardt nichts weiter getan, so könnte man ihn entschuldigen; er wäre dann das Opfer falscher Information durch Marloh geworden. Man könnte ihm sogar zugute halten, daß er trotz der groben Befehle, Marloh müsse unbedingt mit seinen fünfzig Mann die ihm gesetzte Aufgabe bewältigen, zweimal Verstärkungen geschickt hat, die so rasch eintrafen, daß sie noch vor der scheußlichen Metzelei zur Stelle waren. Aber Reinhardt hat darüber hinaus eine Fülle unverantwortlicher, niederträchtiger, brutaler Aeußerungen getan, die unmittelbar als Anstiftung zum Mord wirken mußten. So z. B., daß er gar keinen Platz für 300 Gefangene hätte, und daß man den überlebenden Spartakisten auch noch erschießen müsse.

So schwer indessen Reinhardt und Kessel belastet sein mögen, Marloh ist des vielfachen Mordes schuldig, und alle Entlastungsversuche sind kläglich gescheitert. Man könnte es begreifen, wenn Marloh aus Angst vor einem Aufstand in die Gefangenen hätte hineinfeuern lassen; es wäre zwar barbarisch gewesen, aber man hätte ihm doch wenigstens glauben können, daß er aus wirklicher Besorgnis gehandelt hätte. Statt dessen hat er in aller Ruhe, aber mit vollendeter Leichtfertigkeit die Opfer herausgesucht: wer ihm irgendwie wohlhabend oder verdächtig aussah, wurde zur Erschießung bestimmt. Wenn er wirklich Furcht vor einer Revolte gehabt hätte, so wäre das Erschießen eines Teiles der Matrosen der sicherste Weg gewesen, sie hervorzurufen; denn selbstverständlich mußten alle Gefangenen nun fürchten, daß ihnen das gleiche Schicksal drohe, und die Gefahr lag nahe genug, daß sie sich entschlossen, lieber im verzweifelten Kampf zu fallen, denn wie Fasanen bei einer Treibjagd zusammengeschossen zu werden. Die Auswahl der Opfer und die Art der Vollstreckung beweist deutlich, daß Marloh in keinem Augenblick ernsthaft mit einem Widerstandsversuch der Gefangenen gerechnet hat. Obendrein hatte er die erwünschten Verstärkungen erhalten und war vom Kommandeur der Reichsbankwache ausdrücklich gewarnt worden, die Leute hinzuschlachten, und hatte deutlich erfahren müssen, daß seine Auswahl ganz ungerecht und unsinnig war.

Marloh behauptete jetzt in der Verhandlung, er hätte lediglich erteilte Befehle milde ausgeführt, und Oberst Reinhardt beschwor, er halte noch heute Marlohs Vorgehen für ganz richtig. Die Manöver zur Vertuschung des Tatbestandes, die unmittelbar nach der Tat einsetzten, sind jedoch das beste Zeugnis für das schwere Schuldbewußtsein aller Beteiligten. Die drei verschiedenen Berichte, die Absicht, die Akten zu „klauen", die Versuche, Sündenböcke vorzuschieben und die Schuldigen verschwinden zu lassen, die Verhandlungen über die Höhe der Schweigegelder — all das ist nicht nur unendlich gewissenlos und verbrecherisch, sondern auch das offenbare Eingeständnis der Schuld und des Schuldbewußtseins. Hierbei verriet auch Marlohs unmittelbarer Vorgesetzter, Hauptmann v. Kessel, nur allzudeutlich, daß er sich bewußt sei, Mordbefehle gegeben zu haben, die sich nicht ehrlich rechtfertigen lassen und die man irgendwie vertuschen und verdrehen will. Glücklicherweise sind die beteiligten Pastoren, Generäle und andere Offiziere nicht handelseins geworden, sodaß jetzt ihre ganze unendliche Schweinerei in wechselseitigen Bezichtigungen enthüllt worden ist.

Die Zweifel, die sich an den Ausgang des Prozesses wegen der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs knüpften, werden jetzt fast zur Gewißheit verstärkt. Dort waren die Beteiligten zu der einmütigen Lüge gekommen, die Schuld auf den Jäger Runge und den Leutnant Vogel abzuschieben, den geistesschwachen Runge preiszugeben und dem Leutnant Vogel ins Ausland zu helfen. Eine neue Untersuchung wird versuchen müssen, den Wall der militärischen Lügengemeinschaft zu durchbrechen und alle wirklich Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Lange vor dem Weltkriege haben Franz Adam Beyerlein in „Jena oder Sedan" und Annemarie v. Nathusius in „Ich bin das Schwert" die Verderbnis des alten preußischen Offizierkorps anschaulich dargestellt. Im ersten Kriegsjahr haben sie ihre Vorwürfe zurückgenommen. In der Tat haben damals im ersten Impuls zahllose Offiziere sich heldenhaft ins Feuer gestürzt und ihre Tapferkeit mit Leben und Gesundheit bezahlt. Aber damals war ja das ganze Volk im ersten Kriegsrausch. Kaum ein Jahr später war die Begeisterung verflogen, und nun drückten sich die Offiziere genau so vom Frontdienst, wie es die Deutschnationalen von den Juden behaupten. Nun begann das große Stehlen auf Kosten der Mannschaften und der Einwohner in den besetzten Gebieten. Schließlich war fast das ganze Offizierkorps, mindestens der Etappe, eine bestechliche Kameraderie von Schurken, und die Offiziere der Etappe waren doch die Kameraden derer an der Front, aus den gleichen Kadettenanstalten hervorgegangen, in den gleichen „Idealen" aufgewachsen. Das Offizierkorps erwies sich als moralisch durchaus minderwertig, feige und verlogen. Vor allem fehlten ihnen der Mut zur sittlichen Wahrheit. Sie machten sich niemals das geringste Gewissen daraus, einander herauszulügen und empfanden das obendrein noch als eine besonders ehrenhafte kameradschaftliche Gesinnung. Schon durch dieses gegenseitige Sich-Heraus-Lügen wurde es dem gemeinen Mann unmöglich gemacht, jemals sein Recht zu finden. Ein Stück dieses Mangels an sittlichem Mut war offenbar auch die allgemeine Feigheit des Offizierkorps bei Ausbruch der Revolution.

Nun haben dieselben Offizierskreise ihre sittliche Minderwertigkeit in die Reichswehr getragen. Auch von dort stinkt der alte Sumpf zum Himmel. Was wir in den Dichterworten lasen, ist Wahrheit gewesen. Es war wirklich eine durchaus korrupte Gesellschaft, die den Weltkrieg verlor, und mit der die Revolution aufräumte. Ihre Macht hat die Clique der Junkeroffiziere längst verloren. Der Rest, den man einstweilen noch braucht, wird gründlich durchgekämpft werden müssen, um den ärgsten Schmutz zu entfernen. Die Aufhebung des Belagerungszustandes gibt Noske Zeit für die Säuberungsarbeit.

*

Im Marloh-Prozeß beantragte Montag der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer gegen den Angeklagten wegen Todschlages, unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von 3 Jahren und 2 Monaten Gefängnis, von denen 2 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden sollen. Der Vertreter der Anklage stellte in seiner Rede ausdrücklich fest, daß die Erschießung ungesetzlich war. Nur in einem Falle liege der Verdacht vor, daß der Ermordete ein Plünderer war und auch Unterschlagungen an Kassengeldern verübte. Die meisten seien aber ehrliche, anständige Menschen gewesen. An der traurigen Entwicklung der Dinge und dem traurigen Erfolg habe das unheilvolle Nebeneinanderarbeiten der Behörden mit schuld. Die Leute, die erschossen wurden, sind unschuldig erschossen worden. Der Anklagevertreter legte dann eingehend dar, daß dem Angeklagten Marloh offenbar die Ueberlegung, nicht aber das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe, und daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt werden müßten.

In seinem Schlußwort sprach Oberleutnant Marloh sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß seiner Tat eine Anzahl von Menschen zum Opfer gefallen seien, deren Unschuld sich später herausgestellt habe; er habe jedoch nur seine Pflicht erfüllt. In diesem Augenblicke rief eine Dame aus dem Zuhörerraum mit gellender Stimme: „Jawohl, Marloh muß freigesprochen werden." Sie wurde vom Vorsitzenden und von Soldaten, da sie offenbar zum Angeklagten vordringen wollte, zurückgewiesen.

Die Urteilsverkündigung wird Dienstag mittag 1 Uhr stattfinden. Vor dem Gerichte hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt. Es kam hier und dort auch zu kleinem Handgemenge, die Ordnung wurde aber bald wiederhergestellt, und die an der Verhandlung beteiligten Offiziere konnten ungehindert mit ihren Autos wegfahren.

Der Prozeß wird noch ein Nachspiel haben. Hauptmann von Kessel hat nach Schluß der Verhandlung durch zwei Offiziere an den Hauptentlastungszeugen Pfarrer Rump, eine Pistolenforderung unter schwersten Bedingungen gerichtet, und zwar auf der Straße unter dem aus der Verhandlung strömenden Publikum. Der Pfarrer hat sich jede Belästigung von v. Kessels Seite, wie er mitteilt, verbeten, und ihm die Fähigkeit abgesprochen, eine Forderung zu stellen. Außerdem hat er nach dem „Berl. Tgbl." dem Oberstaatsanwalt Mitteilung von dem Vorfall gemacht. Hauptmann v. Kessel ist auf seinen Wunsch vorläufig vom Dienst enthoben worden und hat die Einleitung eines Verfahrens gegen sich vor einem Zivilgericht beantragt.

Die Ententen-Note.

Die Ententenote ist bisher noch nicht übergeben worden. Das Rätselraten über ihren Inhalt geht deshalb munter weiter. Die Sache ist uns viel zu ernst, um uns an diesem losen Spiele zu beteiligen. Der „Oeuvre" erklärt, die Delegierten Großbritanniens hätten die Verantwortung für die Drohungen, denen die Deutschen ausgesetzt werden sollten, nicht übernehmen wollen und deshalb Instruktionen von ihrer Regierung verlangt. Aus diesem Grunde sei die „gebieterische" Note dem Freiherrn von Lersner noch nicht zugestellt worden.

Ein Friedensantrag im amerikanischen Repräsentantenhaus.

Wie die „Chicago Tribune" aus Washington meldet, brachte das Mitglied des Repräsentantenhauses Tinkham von Massachusetts eine Bill ein, wodurch das Repräsentantenhaus erklären soll, daß Amerika sich mit Deutschland im Friedenszustand befinde. Tinkham, der Republikaner ist, läßt bekanntgeben, daß er im Einverständnis mit den Republikanern des Senats handele.

Ein deutscher Funkspruch.

TU. Genf, 8. Dezember. Ein deutscher Funkspruch aus Nauen hatte, wie französische Blätter melden, am Freitagabend mitgeteilt, daß eine neue Kommission zusammengestellt werde, die bestimmt sei, die Kommission des Herrn von Lersner zu ersetzen. Bisher ist aber noch keine Nachricht in Paris, auch nicht bei der deutschen Delegation, eingegangen, die die Abreise dieser neuen Kommission aus Berlin anzeigte. Der „Temps" zitiert eine Information der „Chicago Tribune", wonach deutsche Kreise geäußert hätten, daß die deutsche Regierung auf eine Aufforderung, sich von vornherein, ohne zu verhandeln, zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls bereit zu erklären, mit einem entschiedenen Nein antworten würde.

Deutschland im Urteil eines englischen Pazifisten.

In der Dezemberausgabe seiner Zeitschrift „Foreign Affaire" schreibt E. D. Morel:

Die Zeitungen sind voll von dem Wiedererwachen des Militarismus in Deutschland. Wenn das der Fall ist, dann folgt Deutschland der Mode. Denn es würde schwer sein, ein einziges Land in Europa zu nennen, wo der Militarismus seit dem Waffenstillstand nicht um sich gegriffen hätte. Andererseits sind zwei Dinge ganz klar: Erstens, daß eine militärische Diktatur in Deutschland für das deutsche Volk und den europäischen Frieden gleich verhängnisvoll sein würde und zweitens, daß gewissen militärischen und imperialistischen Elementen in Frankreich und wahrscheinlich auch in England kein größerer Gefallen getan werden könnte.

Was die Nachforderungen der Entente anbetrifft, die jetzt zu einem Konflikt zwischen der Entente und Deutschland Anlaß gegeben haben, so sieht Morel in ihnen eine Strafe, die Deutschland auferlegt wurde, weil es die Kühnheit hatte, seine Mithilfe bei der Blockierung Sowjet-Rußlands zu verweigern.

Nicht minder bemerkenswert ist seine Ansicht in der Frage der Kriegsgreuel und der Aburteilung deutscher Offiziere durch die Gerichte der Entente:

Ihre Richter würden ihre Feinde sein. Sie würden überdies die Vertreter von Regierungen sein, die für einen weit größeren Greuel verantwortlich sind, als die Taten aller Angeklagten zusammengenommen, nämlich die Beibehaltung der Blockade gegen das deutsche Volk monatelang nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Dies ist das Kriegsverbrechen, das alle übrigen an Größe übertrifft. Wenn die Regierungen, die das befahlen, sich selbst zu Richtern über die Taten von Einzelpersonen aufwerfen sollten, so würde das die Errichtung eines Altars des bleibenden Hasses im Herzen Europas bedeuten.

Vor neuen finanziellen Verhandlungen.

Die unterbrochenen finanziellen Verhandlungen mit der Entente sollen nach einer Drahtung des „Hamb. Corr." aus Berlin in aller Kürze wieder aufgenommen werden. In zuständigen Kreisen bestehe die Auffassung, daß die neuen Beratungen der Alliierten ein gänzlich neues Bild über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Deutschlands zeigen werden, die sie veranlassen dürften, Deutschland gegenüber einen sehr entgegenkommenden Standpunkt einzunehmen.

Hoffen und harren — — —

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

11170

Die Italiener in Fiume.

M. Lugano, 8. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt, daß die italienischen Truppen heute früh im Einvernehmen mit d'Annunzio in Fiume eingezogen sind. Die Truppen d'Annunzios verbrüderten sich mit den Regierungstruppen. In Italien wurde die Kunde mit Begeisterung aufgenommen.

An den italienischen Ministerpräsidenten Nitti läßt Clemenceau durch sein Blatt „Homme libre" eine ernste Mahnung richten, mit d'Annunzio reine Bahn zu machen, auf dessen Programm neben Fiume auch noch Cattaro, Spalato und Zara stehen.

Zusammentritt der französischen Kammer.

Feierliche Begrüßung der Elsässer.

Die neugewählte französische Kammer ist heute nachmittag zusammengetreten. Den Vorsitz führte der Alterspräsident Moritz Siegfried. Die elsaß-lothringischen Deputierten hielten nach Eröffnung der Sitzung ihren Einzug, bei dem sämtliche Abgeordneten sich erhoben und ihnen Beifall klatschten. In seiner Begrüßungsansprache feierte der Alterspräsident die Rückkehr von Vertretern Elsaß-Lothringens in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Aera in der Geschichte Frankreichs. Der Alterspräsident forderte alsdann zur Arbeit auf allen Gebieten auf. Um soziale Fortschritte zu erzielen, sei die Mitarbeit der Frauen notwendig. Er hoffe, daß auch der Senat, dem Beispiel der Kammer folgend, für das Frauenwahlrecht eintreten werde.

Im Namen der Regierung begrüßte Ministerpräsident Clemenceau die „Brüder von Elsaß-Lothringen." Der Zufall wolle es, daß er als letzter Ueberlebender der Protestler von Bordeaux dazu bestimmt sei, ein heißes Willkommen auszusprechen. Clemenceau erinnerte weiter an die notwendige Organisation des Friedens, die erfolgen müsse. Er sagte u. a.: wenn wir anderes sein wollen, als Zuschauer, müssen wir beherzt in die Zukunft blicken. Das Werk warte nur auf den Arbeiter. Man muß sich beeilen und ohne Verzug daran gehen, denn Frankreich ist wieder aufzubauen.

Für die Sozialisten verlas darauf Albert Thomas eine kurze Erklärung, in der er namens der Arbeiter von Elsaß-Lothringen sagte, daß auch sie die Desannexion eingehen. Die sozialistische Partei von Elsaß-Lothringen trete entschlossen und ohne Hinterhalt in die französische Gemeinschaft ein. Gegen die Erklärung von Thomas erhoben sich zahlreiche Proteste.

Wogegen sich diese Proteste gerichtet haben, ist aus der vorliegenden Meldung des „W.T.-B." nicht ersichtlich.

Wie abgestimmt werden soll.

Der „Manchester Guardian" meldet: Die Entente beabsichtigt unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Deutschland gegenüber in den Abstimmungsgebieten folgende Maßnahmen anzuwenden: Im Abstimmungsgebiet Oberschlesien, Ostpreußen und Schleswig, die noch unter deutscher Herrschaft verbleiben, werden die Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst, alle deutschen Beamten und Soldaten ausgewiesen; ihre Stelle werden bevollmächtigte Ententetruppen einnehmen. Jede Gemeinde wird als besondere Einheit angesehen werden, d. h. die Abstimmung wird gemeindeweise erfolgen. Die Mehrheit der Gemeinden werde entscheiden, und nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Der „Manchester Guardian" gehört zu den ernst zu nehmenden englischen Blättern. Er pflegt keinerlei Sensation. Da das Blatt sich zumeist immer als gut unterrichtet erwiesen hat, darf seine Meldung Beachtung beanspruchen. Wenn allerdings das Abstimmungsrecht so ausgeübt werden soll, dann bleibt von dem freien Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, die abzustimmen hat, nur noch bitter wenig übrig.

„Santa Elena" auf der Weiterfahrt.

Der Dampfer „Santa Elena", der durch den Zwischenfall in Kiel viel von sich reden gemacht hat, lief am Sonnabend in Stettin ein. Er setzte dort 580 polnische Soldaten und 30 Offiziere an Land; sie wurden in Begleitung von deutschen Soldaten mit der Bahn nach Kreuz weitertransportiert. Der Dampfer ist dann nach Danzig weitergefahren.

Die Schiebungen im Westen.

Der „Matin" zeigt in einem Artikel, wie gewisse Schieberkreise von dem Loch im Westen profitieren. Er stellt fest, daß etwa 100 derartige Kaufleute verfolgt wurden, und sagt, Reis, der in Frankreich für 55 Franken pro hundert Kilo und für einen Franken das Kilo verkauft werde, werde in den besetzten Rheinlanden zu 150 bis 170 Franken verkauft. Schweinefett werde zu 3 Franken 60 gekauft und erreiche einen Preis von 6 Franken und 35 in den Rheinlanden. Bei einem Waggon Reis verdienten die Schieber etwa 10 000 Franken. Auch Fett gehe in Mengen nach dem besetzten Rheinland.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wer trägt die Schuld an der Transportkrise?

Seit Wochen und Monaten wird erklärt, die Transportkrise sei auf das mangelhafte Arbeiten der Eisenbahnwerkstätten zurückzuführen; es seien nicht genug Waggons und Lokomotiven da. Zu diesen Behauptungen steht folgende Erklärung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Hannover-Leinhausen seltsam in Widerspruch: „Auf dem Werkstättenbahnhof Leinhausen stehen schon wochenlang etwa 80—100 fertige Personen- und 500—600 fertige Güterwagen, die ihrer Ueberführung in den Betrieb harren. Desgleichen steht schon längere Zeit ein ganzer Zug mit Rohmaterial für eine Firma in Hannover, die auch Eisenbahnwagen herstellt. Aber das alles kann nicht abtransportiert werden, weil der Verschiebebahnhof Hainholz auch vollständig voll Wagen aller Art steht. Infolgedessen weigern sich Bahnhof Hainholz, irgend einen Zug anzunehmen. Alte erfahrene Beamte erklären, wenn es noch lange so weiter ginge, wäre Leinhausen gezwungen, den Betrieb einzustellen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch mal fragen, vielleicht kann jemand darauf antworten, ob es zutrifft, daß in Vinnhorst bei Hannover bei der letzten strengen Kälte von 2 Grad mehrere Waggons mit Fischen tagelang gestanden haben, so daß fast die Hälfte davon erfroren und verhungert ist, und wer ist denn schuld?" Des weiteren beklagen sich die Arbeiter darüber, daß die Arbeiterzüge, die sie zu ihren Arbeitsstätten bringen sollen, schon seit Wochen nicht mehr pünktlich fahren, sodaß zweistündige Verspätungen keine Seltenheit sind.

Die Valuta-Kommission.

Vom Reichsfinanzministerium ist eine Dauerkommission zur Untersuchung der Valutafrage gebildet worden, die sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Kommerzienrat und Vizepräsident der Handelskammer Siegmund Fränkel-München, Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke, Dr. Haßlacher, (Duisburg-Meiderich), Schriftsteller Dr. Hilfferding (Berlin-Steglitz), Präsident Dr. Hans Jordan (Schloß Mallinckrodt bei Wetter an der Ruhr), Rechtsanwalt Dr. Kallmann (Berlin-Westend), Richard Marton (Frankfurt), Bankier Lucien Picard (Frankfurt a. M.), Professor Dr. Prion (Handelshochschule Berlin), Dr. v. Schwabach (Berlin), Direktor der Aktiengesellschaft Posehl Friedrich Stave (Lübeck), Hofrat Steyrer (München), Bankier Max Warburg (Hamburg).

Die Ostpreußen gegen die Auflösung der Einwohnerwehr.

In einer Massenversammlung der Königsberger Bürger zur Werbung für die Einwohnerwehr wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus schärfste Verwahrung gegen die in der Note der Entente geforderte Auflösung der Einwohnerwehren eingelegt wird und die Reichsregierung dringend um ausreichenden Schutz für das Heimatland ersucht wird. Ferner wird darin die Nationalversammlung aufgefordert, bei der Reichsregierung mit aller Schärfe hinzuwirken, daß die Einwohnerwehren nicht aufgelöst werden. Vom Reichspräsidenten ging nachstehendes Telegramm ein: „Die Reichsregierung und die Volksgenossen im Reich werden Ostpreußen in seiner gegenwärtigen Bedrängnis nicht allein lassen. Der Schutz der ostpreußischen Grenzen ist Sache des ganzen Reiches. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind vorbereitet." Ministerpräsident Hirsch und der preußische Minister des Innern Heine haben sich nach Ostpreußen begeben.

Der Doppelmord in der bayerischen Kammer.

Die blutigen Ereignisse des 21. Februar in München, die mit der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner durch den Grafen Arco-Valley einsetzten und weiterhin die Niederschießung des Ministers Auer, des Landtagsabgeordneten Osel und des Majors Gareis sowie den Zusammenbruch der bayerischen Regierung und des Landtages zur Folge hatten, finden in diesen Tagen ihr gerichtliches Nachspiel vor dem Volksgericht in München, vor dem sich der Metzger Alois Lindner unter der Anklage des Doppelmordes und des Mordversuches zu verantworten hat.

Solange die Räterepublik am Ruder war, hielt sich Lindner unangefochten in München auf, nahm wiederholt an den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates teil und wurde von seinen Parteigängern gegen alle Verhaftungsversuche geschützt. Erst als die Regierungstruppen herannahten, entfloh Lindner über die Schweiz nach Ungarn, ließ sich in Budapest als Propagandist in ein Infanterieregiment einreihen und wandte sich nach dem Zusammenbruch der Räterepublik nach Wien, wo er festgenommen und nach längeren Verhandlungen an Bayern ausgeliefert wurde. An diese Verhandlungen bezw. an die Auslieferung des Täters war die Bedingung der österreichischen Regierung geknüpft, daß Lindner in Deutschland nicht zum Tode verurteilt werden dürfe. Dadurch dürfte der Doppelmord an Oesel und Gareis nicht völlig gesühnt werden. Das dritte Opfer Lindners, Minister Auer, leidet noch heute an den Folgen der schweren Schußverletzung. Auer mußte noch vor kurzem erneut operiert werden, wird jedoch in der gegenwärtigen Hauptverhandlung gemeinsam mit einer großen Zahl Landtagsabgeordneter als Zeuge vernommen werden. Insgesamt sind zu diesem Prozeß, der heute beginnt, über 100 Zeugen und vier Sachverständige geladen. Neben Lindner sind noch der Bäcker Georg Frisch, der Graveur Karl Merkert und der Lagerkontrolleur Georg Schlund wegen Beihilfe zum Mord bezw. wegen Mordversuch angeklagt. Die Verteidigung des Hauptangeklagten Lindner hat Rechtsanwalt Sauter (München) übernommen.

Ein unglaubliches Stücklein eines preußischen Staatsanwalts.

Die Staatsanwaltschaft in Brieg (Schl.) hat sich dieser Tage etwas geleistet, was wohl nicht jeden Tag vorkommen dürfte. Angeklagt war ein Gastwirt aus Schönau (Kreis Brieg), weil er am 1. Mai d. J. ein Tanzvergnügen abgehalten hat, welches bis 12 Uhr abends dauerte. Er erhielt zunächst durch den Amtsvorsteher Woyrsch ein Strafmandat von 20 Mark, beantragte aber gerichtliche Entscheidung. Im Termin legte der Vertreter des Gastwirts eine Verfügung des Landratsamts Brieg an die Amtsvorsteher vor, wonach der Veranstaltung von Lustbarkeiten am 1. Mai keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten sind. Der Staatsanwalt Dr. Lorenz war jedoch der Meinung, daß kein Mensch das Recht hatte, eine solche Verfügung zu erlassen! Als er vom Verteidiger darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Verfügung des Landrats durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten gedeckt werde, erklärte nach der Breslauer „Volkswacht" Dr. Lorenz wörtlich: „Dann hat auch der Regierungspräsident seine Befugnisse überschritten." Das Gericht war sich nicht klar und beschloß Vertagung. Im neuen Termin legte der Verteidiger nun sämtliche Verfügungen vor. Angefangen beim Gesetz vom 17. April 1919 über einen allgemeinen Feiertag. Dann die Verfügung des Ministers des Innern vom 25. April 1919 A III 5703, an die Regierungspräsidenten. Die Anordnung des Regierungspräsidenten an die Landräte und schließlich die Verfügung des Landrats an die Amtsvorsteher gegen die der Amtsvorsteher von Woyrsch verstoßen habe. Jetzt kommt der Höhepunkt. Der Staatsanwalt Dr. Lorenz verstieg sich zu der Behauptung: **„Auch der Minister des Innern hat seine Befugnisse überschritten, weil er ein Gesetz vom Jahre 1859, ohne den „Bundesrat" zu fragen, aufgehoben hat"** (!!) Den Einwand des Vertreters des Gastwirts, daß ja am 1. Mai gar kein Bundesrat mehr bestand, tat er mit einer geringschätzigen Handbewegung ab und blieb dabei, daß der Innenminister seine Befugnisse überschritten habe.

Es muß hier noch erwähnt werden, daß dieser Dr. Lorenz derselbe Staatsanwalt ist, der in der Strafsache gegen den Gutsbesitzer Gregor in Langwitz, der sein Dienstmädchen derartig mißhandelte, daß sie 14 Tage im Krankenhause zubringen mußte, das Verfahren einstellte, weil ihr keine Knochen zerschlagen worden seien! Unter dem Proteststurm der Briegerer Arbeiterschaft wurde dann zwar das Verfahren wieder aufgenommen, aber bis heute hat der Strafantragsteller noch keine Nachricht von dem Ergebnis.

Was sagt die Regierung zu diesem Beamten der Republik? Hier ist sofortige Amtsenthebung am Platze. Oder will sie so lange warten, bis eines Tages die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe schreitet?

Kleine politische Nachrichten.

Nach dem „Matin" hat sich Belgien nunmehr bereit erklärt, mit Frankreich und England ein militärisches Bündnis abzuschließen.

Dr. Georg Berghausen, der frühere Leibarzt des Prinzen Wied, der den Auftrag hatte, mit dem Dampfer „Arta" russische Kriegsgefangene nach dem Schwarzen Meer zu bringen, ist ermordet worden. Dr. Berghausen hat den Krieg als Oberarzt mitgemacht und geriet in Asien in Gefangenschaft. Er entstammt einer angesehenen Kölner Familie.

Baden hat die Ausfuhr verschiedener Fabrikate verboten, um die völlige Ausplünderung des Landes zu verhüten.

Sämtliche durch Elsaß-Lothringer von ausgewiesenen Deutschen gekauften Liegenschaften, Fabriken und Gelände wurden von der französischen Regierung beschlagnahmt.

Der Personenverkehr auf den Bahnen des ehemaligen Reichslandes wird vom 8. bis 15. Dezember wegen Kohlenmangels eingestellt.

Einer der Hauptagitatoren Dr. Dortens, der Stadtverordnete Dahlem in Niederlahnstein, ist von seiner Zentrumspartei offiziell abgeschüttelt worden. Er mußte sein Amt als Vorsitzender der Zentrumspartei niederlegen. Sein Nachfolger steht bezüglich der Rheinlandfrage auf einem mehr zuverlässigen Boden.

Polen verhandelt mit Italien und Frankreich, daß Eisenbahn- und Postbeamte in polnische Dienste treten.

Ministerpräsident Paderewski überreichte seine Demission, übernahm aber die ihm angebotene Neubildung des polnischen Kabinetts.

Poincare gewährte dem „Journal" eine Unterredung, in der er erklärte, er werde nach Ablauf seiner Amtszeit seine politische Tätigkeit als Parlamentarier fortsetzen und seinen Beruf als Anwalt wieder aufnehmen.

Die Minenräumungsarbeiten in den England zugewiesenen Gebieten sind beendet.

Das Gesetz für die Verwaltung Indiens wurde bei der dritten Lesung im englischen Unterhause ohne Aenderung angenommen.

Zwischen den amerikanischen Bergarbeitern und der Regierung ist ein Kompromiß zustandegekommen.

Oesterreich.

Vorarlbergs Beispiel wirkt.

Sämtliche drei Landeshauptmannstellvertreter in Salzburg erklärten gegenüber dem „Salzburger Volksblatt", die Anschlußentscheidung des Vorarlberger Landtages werde nicht ohne Wirkung auf Salzburg bleiben, allerdings natürlich im Sinne des Anschlusses an Bayern bezw. Deutschland.

Ungarn.

Antisemitische Vandalen.

Im Anschluß an antisemitische Demonstrationen kam es in Budapest zu schweren Ausschreitungen, bei denen die Räume zweier Zeitungen gestürmt und die Einrichtungen demoliert wurden. — Eine mehrtausendköpfige Menge zog zur Redaktion des sozialdemokratischen Parteiorgans „Nepszava", stürmte das Gebäude, drang in die Redaktions- und Setzerräume ein und zertrümmerte sie vollkommen. Die Rotationsmaschinen wurden vernichtet. Von da zog die Menge, patriotische Lieder singend, zur Redaktion des „Az Est", wo die Fenster eingeschlagen wurden. Dann drangen einige Studenten und Offiziere in die Redaktionsräume, zerschlugen die Möbel, verbrannten die Manuskripte und demolierten die Einrichtung. Das Erscheinen der beiden Zeitungen ist dadurch in Frage gestellt.

Rußland.

Eine antibolschewistische Verschwörung in Petersburg.

Die Petersburger bolschewistische „Prawda" (Die Wahrheit) veröffentlicht in ihrer Nummer vom 25. November einen vom Vorsitzenden der Petersburger Kommune Sinowjew unterzeichneten ausführlichen Bericht des Komitees zur Verteidigung Petersburgs über die Aufdeckung einer neuen weitverzweigten antibolschewistischen Verschwörung in Petersburg. An dieser Verschwörung seien in erster Linie hochgestellte Beamte aus der Zarenzeit, Generale, Admirale, Mitglieder der Kadettenpartei und des nationalen Zentrums sowie Personen, die den Sozialrevolutionären und Menschewisten nahestanden, beteiligt. Die Leitung der Verschwörung sei in den Händen englischer und französischer Agenten mit dem Engländer Paul Dux an der Spitze gewesen. Der Plan der Verschwörer sei dahin gegangen, den Angriff der Armee des General Judenitsch auf jede Weise zu unterstützen und im entscheidenden Augenblick in Petersburg einen Aufstand herbeizuführen. Sehr bedeutsam sei der Umstand, daß an der Verschwörung eine Reihe hochgestellter, im Dienste der Bolschewisten stehender Offiziere beteiligt war, wie der Chef der Ostsee-Flugzeugdivision Berg, der Chef eines Abteilungsstabes der Ostseeflotte Mednokrizki u. a. Unter den Verschwörern habe Uneinigkeit geherrscht, da ein Teil zur Entente neigte, während ein anderer deutsch orientiert gewesen sei. Eine der Verhafteten, die Sozialrevolutionärin Petrowskaja, habe die Angabe gemacht, daß auch der Stab der Nordwestarmee deutschfreundlich gesinnt sei, während Judenitsch selbst Sympathien für die Entente wegen der wirtschaftlichen Unterstützung hege, die er von England erhalte. Im ganzen seien im Zusammenhang mit der Verschwörung bisher gegen 300 Personen verhaftet worden.

Ein früherer Zarenminister erschossen.

Nach Meldungen, die in Amsterdam eingetroffen sind, haben die Bolschewisten in Rjasan den ehemaligen Minister des Innern, Bulygin, einen Greis von 83 Jahren, erschossen. Da B. gelähmt war, mußte er in einem Stuhl zum Hinrichtungsort getragen werden. B. ist der Verfasser des konstitutionellen Verfassungsentwurfs während der Zarenregierung und war in politischen Kreisen eine sehr bekannte Persönlichkeit.

Holland.

Die niederländisch-belgischen Verhandlungen vor dem Abschluß.

Die niederländisch-belgischen Unterhandlungen stehen vor dem Abschluß. Nach dem „Algemeen Handelsblad" ist der Zweck der neuen Abmachungen schon letzten Donnerstag festgesetzt worden. Die militärische Wünsche Belgiens und die von ihm aufgeworfenen politischen Fragen werden an den Völkerbund verwiesen, was einen Sieg der holländischen Regierung auf diesem Gebiet bedeutet, während die belgische auf dem wirtschaftlichen wertvolle Zugeständnisse erzielt hat.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 9. Dezember.

In der Anschlußfrage der Provinz Lübeck

ist bereits vom Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag beim Landesausschuß Eutin eine Einladung zu Verhandlungen eingegangen. Wie man aus den verschiedenen Darstellungen entnehmen kann, sind Kräfte sowohl in Schleswig-Holstein wie in der Provinz vorhanden, die die Meinung zu vertreten suchen, als ob bei einem Anschluß an Schleswig-Holstein die finanzielle Frage für die Provinz Lübeck bedeutend besser gelöst werde. Man macht Versprechungen, die der Wirklichkeit nicht standhalten. Denn die Finanzlage Preußens ist doch nicht im mindesten günstiger als die Lübecks. Unser Freistaat kann in jeder

Beziehung einen Vergleich aushalten. **Eine gewisse Selbständigkeit kann auch bei einem Anschluß für die Provinz gewährleistet** werden, die jetzt von den Freunden des Anschlusses an Schleswig-Holstein besonders betont wird. Um unsern Lesern einen Einblick in die Gedankengänge der Gegner eines lübschen Anschlusses zu geben, bringen wir einen Auszug des Berichtes über die Landesausschußsitzung aus dem „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck", in dem es heißt:

„Von den Freunden eines Verbleibens bei Oldenburg wird bedauert, daß Oldenburg selbst in dieser Angelegenheit bisher mit wenig geschickter Hand operiert hätte, wohingegen Lübeck sofort eine kaufmännische großzügige Agitation entfaltet habe und gleichsam als „das Mädchen aus der Fremde" jedem eine Gabe bringen wollte, die wir bei genauer Betrachtung aber selber bezahlen müssen, da eine finanzielle Trennung unsererseits mit Lübeck undenkbar sei. (Auch die Provinz Schleswig-Holstein kann nichts verschenken. Red. d. Lüb. Volksb.) Schwer geschädigt würde besonders durch Lübeck unsere Geschäftswelt; dieser Hinweis veranlaßte von anderer Seite aus die Bemerkung, daß unserer Geschäftswelt ein kleiner Dämpfer durch Lübecks Konkurrenz nicht schaden könne. Jetzt wüßten wir, was wir bei Oldenburg haben. Da das jetzige parlamentarische Regierungssystem aber allgemein keine dauernde Gewähr für Zusagen eines nur als für vorübergehend gewählt anzusehenden Ministeriums oder Landtages biete, so brauchten wir nur zu verlangen, daß unsere Landesrechte in der Verfassung verankert werden müßten. Unsicher liege jedoch die Zukunft vor uns bei einem Anschluß an Lübeck oder Schleswig-Holstein, bei letzterem hätten wir allerdings sofort Genuß von den mustergültigen provinzialen Einrichtungen besonders in Kiel, wie z. B. Universität, großzügige Landwirtschaftskammer, Landesbrandkasse, das gesamte Rentenwesen und was wir sonst alles schon als Gäste dieser Provinz genießen können. Es ist sehr wahrscheinlich, daß hier unserem Landesteil eine bestimmte Selbständigkeit (wie z. B. dem Herzogtum Lauenburg) gewährleistet wird. Uneinig war man sich auch über die Zweckmäßigkeit einer eventl. Teilung unseres Landesteils, falls nur die Gemeinden Schwartau, Rensefeld und Stockelsdorf an Lübeck zur Auslieferung kämen und der Rest an Preußen."

Da nach Beschluß des Landesausschusses Verhandlungen sowohl mit Oldenburg wie mit Lübeck und Schleswig-Holstein geführt werden sollen, werden wir ja bald über die speziellen Vorgänge aufgeklärt werden und wir sind gewiß, daß dabei Lübeck nicht schlecht abschneiden wird. Unsere lieben Nachbarn werden dann bald herausfinden, daß sie bei den Lübeckern gut aufgehoben sind.

*

Der Verband der Maschinisten und Heizer, Zahlstelle Lübeck, erhebt scharfen Protest gegen das Urteil über die streikenden Tischler.

Belohnung für Entdeckung von Falschmünzern. Um die Bevölkerung zum Kampf gegen die Falschmünzer anzuspornen, hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, Belohnungen bis zu 10 000 Mk., je nach dem Maß der Beihilfe, dem Umfange des Münzverbrechens, der Gefährlichkeit der Falschstücke, zu gewähren. Die Belohnung trifft sowohl bei Entdeckung von Falschmünzerwerkstätten, Herstellern und Verbreitern des Falschgeldes zu.

Ueber die Verwertung des Pferdefleisches wurde am Montag in der Sitzung der ersten Zivilkammer eine Einigung zwischen den beiden Parteien erzielt. Hertzig zahlt für die unbeschädigte Dose 1,60 Mk. und läßt das Fleisch in einer auswärtigen Fabrik unter Kontrolle der zuständigen Ortsbehörde zu Gulasch umarbeiten. Das umgearbeitete Produkt soll Hertzig bis zum 31. März 1920 zum bestmöglichsten Preise an Kommunen absetzen. 10 Prozent des Erlöses erhält Hertzig für Risiko und Mühewaltung. Im übrigen soll der Erlös dem unterliegenden Teil in den noch schwebenden Prozeß zugute kommen. H. verpflichtet sich über den Reinerlös Rechnung abzulegen. Nach der Erklärung des Vertreters des Landesversorgungsamtes haben die Behörden diesem Vorschlag zugestimmt, da sie glauben, daß genügend Sicherheit für die Umarbeitung von nur gutem Fleisch vorliegt. Außerdem sei auch die Gewähr dafür gegeben, das Produkt nicht in den freien Handel bringen zu können. Es wurde im Protokoll festgelegt, daß beide Parteien sich auf diesen Vorschlag geeinigt hätten. Die Einigung bezieht sich nur auf die Verwertung des Fleisches. Der Hauptprozeß schwebt noch.

Schöffengericht. Unter dieser Stichmarke berichteten wir vor einigen Tagen, daß fünf Güterbodenarbeiter aus einem Waggon einige Kisten mit Sardinen und eine Kiste mit Mandelessenz gestohlen hätten. Von der Güterverwaltung der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wird uns mitgeteilt, daß der Diebstahl nicht von Güterbodenarbeitern ausgeführt sei. Auf der Terminsliste waren die Angeklagten als Eisenbahnarbeiter bezeichnet. In der Verhandlung erklärten sie, zur Zeit der Tat auf dem Güterboden beschäftigt gewesen zu sein.

Begrüßungsfeier für heimgekehrte Kriegsgefangene. Die Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene des Wohlfahrtsamtes teilt uns mit, daß nach dem Vorspiel und der Ansprache des Herrn Bürgermeisters eine von Herrn Professor Otto Anthes für diesen Zweck verfaßter Vorspruch vorgetragen werden wird. Ferner wird auch der noch in französischer Gefangenschaft Schmachtenden gedacht werden. Ehemalige Kriegsgefangene, denen noch keine Einladung zu der Feier zugegangen sein sollte, werden gebeten, ihre Adresse dem Wohlfahrtsamt, Untertrave Nr. 104 mitzuteilen, damit ihnen noch jetzt eine Eintrittskarte übermittelt werden kann.

Stadttheater. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß am Donnerstag, dem 11. Dezember für die Schauspielgemeinde die roten Karten gelten.

Hansatheater. Heute, Dienstag, findet das letzte Gastspiel von Hans Bechmann als Schubert in „Dreimäderlhaus" statt.

Einbruchsdiebstahl. Am Sonntag, dem 7. ds. Mts., ist durch Herausbohren der Türfüllung eines Manufakturwarengeschäfts in der Königstraße ein Einbruchsdiebstahl verübt worden, bei dem den Tätern ein graugrünes Damenkostüm, ein Damenmantel, fünf dunkle Damenröcke, ein Dutzend schwarze Damenstrümpfe und ein Dutzend schwarze Kinderstrümpfe in die Hände gefallen sind.

Die Angst vor dem Schutzmann. Am 4. ds. Mts. fuhren drei Kinder mit einer zweirädigen Karre auf dem Bürgersteig der Fackenburger Allee. Bei Annäherung eines Schutzmannes ergriffen die Kinder unter Zurücklassung der Karre die Flucht. Die Karre wurde in der St.-Lorenz-Wache, Hansastraße, sichergestellt. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sie dort in Empfang zu nehmen.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Heizer aus Plauen, der seitens der dortigen Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein russisch-polnischer Arbeiter, der seinem früheren, in Westerrade wohnhaften Arbeitgeber verschiedene Fleischwaren und ein Fahrrad gestohlen hatte. Das Fahrrad konnte dem Diebe abgenommen und dem Besitzer wieder zugestellt werden. — Festgenommen wurden 4 Seeleute, die von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer eine größere Menge Militärmäntel gestohlen hatten.

Ein unehrlicher Kamerad. Wegen Urkundenfälschung und Betruges festgenommen wurde ein an der Mauer wohnhafter Krankenwärter. Der Festgenommene, der als Ordonnanz in einem hiesigen Lazarett tätig gewesen war, hatte für die Kranken Postgelder zu empfangen und an diese auszuliefern. Letzteres hat er jedoch nicht getan, sondern die erhaltenen Gelder zu seinem Vorteil für sich verbraucht.

Wegen Verdachts der Hehlerei wurde ein in der Glockengießerstraße wohnhafter Hafenarbeiter festgenommen. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden zwei Nerzkragen und ein Nerzmuff gefunden, die der Festgenommene zu einem billigen Preise von einem Unbekannten gekauft haben will. Offenbar stammen diese Sachen von einem Diebstahl her, der hier jedoch noch unbekannt ist. Den Umständen nach hätte der Käufer sich sagen müssen, daß die Sachen von einem Diebstahl herrühren mußten. Der rechtmäßige Eigentümer der Sachen wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schüsselbuden 16, zu melden. Auch werden hier sachdienliche Mitteilungen entgegengenommen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Vulcan-Werke werden ihre Betriebe am 10. Dezember wieder eröffnen. Vom 10. bis zum 15. Dezember werden alle die Arbeiter, Lehrlinge und Volontäre wieder eingestellt, die ein auf ihren Namen lautendes Druckschreiben erhalten haben.

Altona. Infolge Ueberfahrens eines Sperrsignals fuhr beim Bahnhof Holstenstraße in Altona eine Lokomotive in die letzten Wagen eines Güterzuges. Einige Personen wurden leicht verletzt, der Materialschaden ist groß; der Güterverkehr erlitt erhebliche Störungen.

Tondern. Strandung eines Fischdampfers. Nach Meldung aus Jütland ist der Fischdampfer „Weser" an der dortigen Küste gestrandet und als total verloren zu betrachten. Die aus zwölf Mann bestehende Besatzung hatte sich ein Floß gebaut, worauf sie von dem Wrack abtrieb. Man hat bisher keine Nachricht von dem Verbleib der Schiffbrüchigen erhalten.

Neueste Nachrichten.

Korfantys Aufenthalt in Oberschlesien verboten.

TU. Gleiwitz, 9. Dezember. Das hiesige polnische **Blatt meldet, daß nach einem Erlaß des kommandierenden Generals des 6. Armeekorps dem ehemaligen deutschen Abgeordneten Albert Korfanty,** jetzt Beirat der polnischen Regierung in Warschau, **der** Aufenthalt in Oberschlesien nicht gestattet worden ist.

Wiederaufnahme des Personenverkehrs mit Polen.

TU. Kattowitz, 9. Dezember. Wie der „Telegraphen-Union" gemeldet wird, ist der Personenverkehr von Sczakowo nach Myslowitz am Freitag wieder aufgenommen worden. Der Personenverkehr mit Polen war über ein halbes Jahr vollständig gesperrt.

Die Dorpater Bedingungen.

TU. Kopenhagen, 9. Dezember. Bei den Verhandlungen in Dorpat haben beide Parteien bereits ihre Friedensbedingungen aufgestellt, über die jedoch strengstes Stillschweigen verlautet. Es wird gemeldet, daß die Bolschewiki folgende Bedingungen als unumgänglich aufgestellt haben: 1. Anerkennung der Sowjet-Regierung. 2. Zurückziehung aller Truppen von der russischen Grenze. 3. Amnestie für politische Gefangene. 4. Wiederaufnahme der diplomatischen Verbindungen und Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen. 5. Auflösung aller fremden Truppenteile, deren Anwesenheit für den Frieden gefährlich werden könnte. Außerdem verlangen die Bolschewiki, wie „Berlingske Tidende" meldet, freien Handelsverkehr durch estnisches Gebiet und bestehen darauf, daß der Frieden gleichzeitig mit dem Waffenstillstand abgeschlossen wird.

Bevorstehender Rücktritt des Botschafters Grey.

TU. Rotterdam, 9. Dezember. Die „Newyork Times" melden, daß der Rücktritt des englischen Botschafters Grey unmittelbar bevorstehe. Der Aufgabe Greys haben sich, wie das Blatt vorsichtig unter Vermeidung des Hauptpunktes, nämlich Irland, ausführt, unüberwindliche Hindernisse in Gestalt der Ablehnung des Friedensvertrages und der Erkrankung des Präsidenten in den Weg gestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.
Dänische Milch!

In den Verkaufsstellen der Hansa-Meierei wird vielfach nach der Haltbarkeit der dänischen Kondensmilch gefragt. Die Haltbarkeit ist nicht größer als bei gewöhnlicher Kuhmilch, also etwa 3 Tage. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verkauf im Laufe dieser Woche fortlaufend jeden Nachmittag in den folgenden Verkaufsstellen der Hansa-Meierei stattfindet.

1. Innere Stadt:
Johannisstraße 7 — Kohlmarkt 13
Mühlenstraße 64 — Pfaffenstraße 7

2. Vor dem Holstentor:
Hansa-Meierei — Wickedestraße 44
Filiale Fackenbg. Allee — Gloxinstraße 13 b
Lindenstraße 20/24 — Füchtingstraße 21
Wielandstraße 1

3. Vor dem Burgtor:
Gneisenaustraße 4 — Langereihe 8

4. Vor dem Mühlentor:
Kronsforder Allee 19 — Humboldtstraße 18

5. Vor dem Hüxtertor:
Morkerkestraße 11 — Antonistraße 9.

Lübeck, den 8. Dezember 1919. (11174

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Im Monat November d. Js. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert worden:
Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, mehrere lose Geldbeträge, 1 Rolle Leder, 1 Muff, 2 Kinderschlitten, 1 Bruchband, 2 Kinderhandschen, 1 schwarze Banknotentasche mit Inhalt, 1 große Eisenzange, 1 Damenfahrrad, 1 schwarze Pferdeleine, 1 Paket mit Schiffspapieren, 1 Paar schwarze Kinderschuhe, 1 Paar Pantoffeln, 1 schwarze Frauenschürze, 1 schwarze Perlkette. Zugelaufen 2 kleine Hunde.
Lübeck, 5. Dezember 1919.
Das Polizeiamt.

Der zweite Teilbetrag der Gewerbesteuer

für 1919/20 ist in der Zeit vom 1. bis 15. Dezbr. d. J. zur Vermeidung des gesetzlichen Steuerzuschlages zu entrichten. (11161
Lübeck, 30. Novbr. 1919.
Die Steuerbehörde.

In der Strafsache gegen den Werkmeister Otto Friedrich Bernhard Norpoth in Duisburg, wegen Beleidigung, erklärte der Angeklagte in der Sitzung des Schöffengerichts Lübeck am 28. Oktober 1919:
Meine in den Wahlversammlungen vom 17. und 18. Januar 1919 in der Stadthalle und der Marquardschule in Lübeck gegen Herrn Generalleutnant von Wright bezüglich unrechtmäßiger Verwendung der Stadtgelder ausgesprochenen Verdächtigungen und schweren Beleidigungen nehme ich nach eingehender Kenntnisnahme der Verhältnisse heute als jeder Berechtigung entbehrend mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erkläre zugleich, daß mir gänzlich fern gelegen hat, das Offizierkorps, im allgemeinen herabzusetzen.
gez. Dr. Gebhard Schomacker.
Ausgefertigt:
Lübeck, d. 28. Nov. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abteil. 5.
11204) Hargus.

Zu verk. ein Sofa und einige Spielsachen. (11185
Kottwitzstr. 20/22 II., r.

Gesucht einige tüchtige Möbeltischler

für feine und dauernde Beschäftigung. (11173
Eutin, Augustftr. 51. Fr. Grandt.

Hans Ulrich v. Rehren
Hertha v. Rehren
11183 geb. Brustkern
Vermählte. Hambg., 7. Dez.
F. Aufmerksamk. dank. d. O.

Karl Dürkop
Minna Dürkop
geb. Brede
Vermählte. 11213
Für erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke unseren herzlichen Dank.

Ludwig Dobbertin
Mariechen Dobbertin
geb. Krohn
Vermählte.
Lübeck, den 6. Dez. 1919.
Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke danken herzlich, namentlich den Kollegen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.
11179 D. O.

Ein Kolporteur zum Austragen div. Zeitschriften gesucht.

Näh. Exped. d. Lübecker Volksboten, Johannisstr. 46.

Suche für meinen 16jähr. Sohn stundenweise Beschäftigung. Ang. u. J A a. d. Exp. d. Bl. (11194

Zu verk. 1 Knaben- und 1 Mädchenränzel. (11182
Lindenstraße 39 a.

Zu verk. 1 Fahrrad mit Gummi, 2 Fahrradlampen, 1 Schiebkarre. (11196
Wakenitzmauer 37 I.

Zu verk. 1 Schattenbild-Masch. m. 62 Bildern, ein Krämerl. Ang. u. K J an die Exp. d. Bl. (11193

Zu verk. ein Laubsägekasten, Puppenkl., Pferdest. 11187) Waisenhofstr. 20 II.

Ein kl. rd. Ofen zu verk. 11186) Lützowstr. 17 a.

Zu verk. 1 Puppensportk., 1 Menzh. Zither m. untlgb. Not., 1 Bettd. u. 2 B., 2 F. Künstl.-Gardinen. (11214
Heimstätten, Heidebrink 3 b. Moisl. B.

1-flammiger Gasherd und Springform zu verkaufen. 11199) Travelmannstr. 47, II, r.

Zu verkaufen
1 Schaukelstuhl,
1 Bett m. Seegrasmatratze,
1 Arbeitsjoppe,
1 Hängelampe,
1 Schaukel. (11180
Bad Schwartau, Lübecker Str. 20.

Zu verk. gut erh. Mahag.-Kommode, Baby-Korb mit Matr. u. Füß., Tibet-Muff u. Boa, D.-Gumm.-Schuh. u. Puppe. Breite Str. 21, II.

Kinder-Klappstuhl, gut erh., zu verk. 11220) Schwart. Allee 3 a. l.

Eine neue Bettstelle und e. fast n. Bettstelle zu verk. 11195) Warendorpstr. 72 II r.

Eine Konzertzither z. verk. Aug. Maaß, Lübeck, 11197) Heinrichstr. 18.

Mah. Ausziehtisch und Bettstelle m. Sprungfdmtr. zu verk. (11210
Herrenwyk, Kolonie 171.

Zu verk. 1 Blumenkrippe, 1 Schlitt. u. 1 Stabilkasten. 11208) Wakenitzmauer 204 l.

Zu verk. 1 Paar neue Damen-Lackschuhe, Gr. 41, Friedensware. Schintup, Lübecker Str. 121. (11189

1 Paar neue Damenstiefel, 37 gegen 38, umzutauschen. (11190
Kronsforder Allee 121, II.

Zu kf. ges. eine Wiener Harmonika u. e. Konfirm.-Anz. z. tausch. ges. Ang. u. G G a. d. Exp. (11211

E. guterh. mod. Puppenwagen a. G. zu kauf. ges. Angeb. u. M S 7 a. d. Exp. d. Bl. (11184

Ein Faulenzer zu k. ges. Ang. mit Preis u. N 42 an die Exp. d. Bl. (11160

Am Sonnt.-Ab. i. Stadttheater od. n. H. Reiferstr. e. silb. Armbanduhr verlor. Bitte abzug. Reiferstr. 25, I.

Rasier-Messer u. -Apparate
in reichhaltiger Auswahl.
Oldorf
Hüxstr. 50. Fernspr. 1251. 11172

Der neue Welt-Kalender für 1920

Preis 80 Pfg.
Zu beziehen:
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteure.

Rucksäcke
mit Gummi und Oeltucheinlage gefüttert, in allen Preislagen.
Oldorf
Hüxstr. 50. Fernspr. 1251. 11171

Dän. Margarine
zu verkaufen. (11191
Karl Grube,
Rensefeld, Lindenstr. 4.

Ankauf v. künstl. Gebissen, Brennstift., Platin alt. Gold u. Silb., gold. u. silb. Taschenuhr. Königstr. 92 11165

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.

Textausgabe mit Sachregister.
Preis Mk. 1.10.
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.

Stiefelfett
die 1/2-Pf.-Dose nur 1.30
bei C. Grimm Nachfl.
Lederhandlung. 11167

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Versammlung
am Mittwoch, d. 10. Dez., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.
11201) Der Vorstand.

Dentist R. Düffer,
Breitestr. 44
(Haus Markmann & Meyer)
Fernspr. 1587. (11166

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
11218
Silvesterfeier-Komitee.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr
Sitzung
im Gewerkschaftshaus.

Zentral-Theater
Moderne Lichtspiele
25 Johannisstrasse 25
Programm vom 9. bis 11. Dezember 1919.
Erstaufführung für Lübeck!
Die Operette
Das Dreimäderlhaus
Schuberts Liebesroman, für den Film bearbeitet von Richard Oswald.
In den Hauptrollen: Sybille Binder, Anita Berber, Conrad Veith, Bruno Eichgrün.
Egede Nissen-Film
Die Rachegöttin
Drama in 4 Akten.
Wenn man neugierig ist
Lustspiel. (11209

Louisenlust.
Morgen Mittwoch:
Grosses Tanzkränzchen.
Beginn 6 Uhr. (11164) Aegidius Maka.
Kaffee und Kuchen.

Friedrichshof.
Mittwoch, den 10. Dezember: (11168
Gr. Tanzkränzchen.
Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Es ladet freundlichst ein P. Brauer.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend,
e. G. m. b. H.

General-Versammlung
am Dienstag, d. 9. Dezember, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.

Eintritt und Abgabe der Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Aufsichtsrat.
Rob. Waldburger, Vorsitzender.

(11206)

Konzerthaus Lübeck.
Morgen Mittwoch:
Großer Ballabend.
Musik: Künstlerkapelle Sulanke.
Anfang 6½ Uhr. Ende 12 Uhr.

11218

Restaurant
Johannishof
früher Zum Pferdestall
Johannisstr. 5.
Eröffnung morgen Mittwoch
N. Speisen und Getränke.
Um regen Verkehr bittet
(11203) Otto Engels.

Die Technische Gesellschaft
veranstaltet im Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit Königstraße 5, nachstehende für jedermann zugängliche allgemein verständliche Vorträge:
Wasserbaudirektor
Leichtweiß:
10. Dezember: Allgemeines über Seehäfen u. Hafenbahn.
19. Dezember: Die Bearbeitung der Massengüter in den Seehäfen.
5. Januar 1920: Der Lübecker Hafen und seine Ausbaumöglichkeiten.
11205) Der Vorstand der Technischen Gesellsch.

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Außerordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, d. 17. Dezember
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Wahl eines Vorstandsmitgliedes.
Anteilscheine legitimieren.
11202) Der Aufsichtsrat.

Sozialdemokratischer Verein
2. Distrikt.

Versammlung
am Mittwoch, d. 10. Dezbr.
abends 7 Uhr
im Lokale des Herrn Lexau, Pöniskausen.
Vortrag des Gen. Karl Mirow über die Verfassung.
Erscheinen der Genossen und Genossinnen dringend notwendig. (11213
Fr. Müller, Distriktsführer.

Niedermaus
Direktion: H. Todt.
Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!
Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm
Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti, Kammersänger.
Fränzi Sylva, Opernsängerin.
Hans Lützow, Balletimeister u. Solotänzer v. d. Staatsoper Berlin.
Gebr. Fentsch, Exentric-Tänzer.
Werner Alberti, Fränzi Sylva, Opern-Duette.
Kaethe Schwebe, Solo-Spitzentänzerin.
Geschwister Graff, Akrobat. Tänzerinnen.
Rolf Hegewald, Chansonier u. Ansager. 11169

Ball und Orchester: Kapellmeister Hans Elvers.
Täglich nachmittags 4-Uhr-Tee:
Auftreten sämtlicher Künstler.
Echte Biere. Echte Weine. Kaltes Buffet.

Stadthallen-Lichtspiele Lübeck
Mühlenbrücke 13
das moderne und größte Lichtspiel-Theater am Platze.
Nur noch 3 Tage:

Riesen-Programm!

Zum 30. Todestage des beliebten Schriftstellers Ludwig Anzengruber bringen wir in unserem Progr. die Verfilmung eines seiner besten Werke.
„Der ledige Hof“ Volksstück in 5 Akten.
Glänzende Aufmachung! Vorzügliches Spiel! Spannende Handlung!
Außerdem: **„Zwischen Tod und Leben“** Schauspiel mit 1 Vorspiel und 5 Akten, in der Hauptrolle Alexander Moissi und der beliebte Lübecker Schauspieler Stahl-Nachbaur.
„Abgeblitzt“ Schwank. (11170
Auf unser Orchester wird besonders hingewiesen.

Kolosseum
Jeden Mittwoch: (11162
Gr. Ball
Anfang 6 Uhr. Heinr. Ohde.

Oeffentl. Versammlung
am Donnerstag, dem 11. Dezember, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus
für alle Frauen aus arbeitenden Ständen und die Hausangestellten.

1. Vortrag von Fräulein Schaflehn über **Lehrvertrag für die Hausangestellten.**
2. Aufhebung der Gesinde-Krankenkasse. (11195

Der Vorstand der Hausangestellten.

Die einzigste Bezugsquelle für „Ullstein-Schnittmuster“ in Lübeck ist
Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

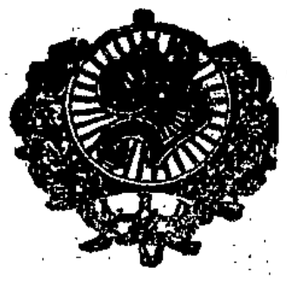
Zeichnungen
auf die
Deutsche Spar-Prämienanleihe v. 1919
wobei 50 % des Kaufpreises in 5prozentiger Deutscher Reichsanleihe à 100 % zahlbar,
nehmen
bis Mittwoch, den 10. Dezember, mittags 1 Uhr
zu Prospektbedingungen spesenfrei entgegen:

Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m b. H.
Commerz-Bank in Lübeck.
Commerz- und Disconto-Bank, Filiale Lübeck.
Direktion der Disconto-Gesellschaft, Filiale Lübeck.
Dresdner Bank, Filiale Lübeck.
Alfons Frank & Co.
Holsten-Bank, Abteilung Lübeck.
Kreditbank Lübeck, e. G. m. b. H.
Landbank Lübeck, e. G. m. b. H.
Lübecker Privatbank.
Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck.
Spar- und Vorschuß-Verein Schwartau.
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.
Louis Wolff, Commandit-Gesellschaft. 11168

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
11215
Festausschuß
am Mittwoch, abends 7 Uhr

Plattdütsche Volksgill to Lübeck

Klöhnabend
an'n Dunnerdag, d. 11. Dezember, Klock 7½ abends (11217
in't Kolosseum.
Aufspraak, Vördrag, Leeder, Theateraufführung, Köterdisch.



Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 10. Dez., abends 7½ Uhr präz.
im Gewerkschaftshaus.

Sämtliche vom Militär entlassenen Mitgl. müssen sich bis zum 20. 12. 19 beim Kassierer, Ludwigstr. 9. II., angemeldet haben, widrigenfalls die Mitgliedschaft am 31. 12. 19 erloschen ist.
Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.
11207) Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck.
Gastspiel der Neuen deutsch. Bühne
Montag, 15., Dienstag, 16., Mittwoch, 17. Dezbr., abends 7 Uhr.
Nur 3 Tage
Der Mädchenhändler.
Schauspiel in 6 Akten.
Kein Kino! Kein Kino!
Ein Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels.
Von der Zensurbehörde verboten gewesen.
11177

Vorverk.: Hinr. Buss, Zigarrengesch., Br. Str. 55. Sperrsitz 4 M., 1. Platz (unnum.) 3 M., Stehpl. 2 M.

Hansa-Theater
Dienstag, 7 Uhr:
Letztes Gastspiel.
Hans Bechmann.
Das Dreimädelhaus
Schubert — Bechmann a. G.
Mittwoch
Eine Ballnacht.
Donnerstag:
Die Czardasfürstin.
11178) Freitag:
Die Faschingsfee.

Stadttheater Lübeck
(11199
Dienstag, den 9. Dezember:
18. Vorstellung im Dienstag-Abonnement.
Anfang 7 Uhr:
Kain.
Musikalische Tragödie in 1 Aufzug v. Eugen D'Albert.
Hierauf:
Feuersnot.
Ein Singgedicht von Ernst von Wolzogen.
Musik von Richard Strauß.
Mittwoch, den 10. Dezbr.:
12. Vorstellung im Mittwoch-Abonnement.
Der Sturz des Apostel Paulus
Donnerstag, den 11. Dezbr.:
Schauspielgemeinde.
Rote Karten, nicht wie irrtümlich bemerkt, grüne Karten.
Der Diamant.
Freitag, den 12. Dezember:
12. Vorstellung im Freitag-Abonnement.
Der Troubadour.

Beilage zu Nr. 287.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 9. Dezember 1919

Die „unabhängige“ Rutschbahn.

Am 3. Januar konnte man in der „Freiheit“, dem Zentralorgan der U. S. P. D. lesen, daß eine Gruppe von Parteigenossen schamlosesten Verrat an der Gesamtpartei verübe und diese heimlich an die Kommunisten zu verschachern suche. Solche mutwilligen Zerstörer und Disziplinbrecher müßten aus der Partei heraus. Der Bannfluch richtete sich vornehmlich gegen Ledebour und Däumig, die es abgelehnt hatten, mit Haase auf einer Liste zu kandidieren und nur eine gemeinsame Wahlliste mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Paul Levi aufstellen wollten. Diese einstigen Verräter an der U. S. P., dieser Schwanz der Kommunisten, ist jetzt zum Vorstand der U. S. P. gewählt worden. Ja, einer von ihnen, Ledebour, ist sogar bei der Wahl zum Parteivorsitzenden durchgefallen, weil er gegenüber Däumig und Crispien noch zu weit rechts stand. Ledebour, der durchgefallene Revisionist — die Weltgeschichte ist sehr ironisch.

Ueber die U. S. P. D. kann man die Kapitel ruhig schließen. Mit aller Not und Mühe, mit aller Autorität von Ledebour und Emil Eichhorn hat der Vorstand es durchgesetzt, daß der Anschluß an Moskau noch nicht sofort, sondern erst nach Ablauf einer Gewöhnungsfrist beschlossen wurde. Sonst aber ist die Annahme des kommunistischen Programms vollständig. Den Parlamentarismus lehnen die um Paul Levi, die gern auch Diäten nähmen, keineswegs grundsätzlich ab, und die Zerstörung der Gewerkschaften wird von denen um Paul Levi so entschieden bekämpft, daß sie erst jüngst die Syndikalisten zur Partei hinausgeworfen haben. Wenn sich also die „Unabhängigen“ mit den Kommunisten verschmelzen wollten, könnten sie dabei höchstens noch etwas an Vernunft gewinnen. Aber auch das wäre nur für den Augenblick. Wenn man sich einmal auf die Bahn der Demagogie begeben hat, rutscht man unrettbar bis zum vollendeten Blödsinn herunter. Und spaßig werden nur die Grimassen der Kautsky und Hilferding, der Dittmann und Simon bei dieser Rutschpartie sein.

Mordprozeß vor dem Lübecker Kriegsgericht.

Der Mord an dem Kaufmann Schulz in Hadersleben stand am Montag vor dem Kriegsgericht der 9. Reichswehrbrigade in Lübeck zur Verhandlung. Die Anklage, die auf Mord, resp. Beihilfe zum Mord und Fahnenflucht lautet, richtet sich gegen den Musketier Fichtner, geboren 1891 in Meinsdorf bei Leipzig; gegen den Unteroffizier Kloskowsky, geboren 1896 in Ostrowo, der verheiratet ist und in Lübeck wohnt und gegen den Musketier Carow, geboren 1900 in Eutin. Alle drei gehörten dem Grenzschutz im Baltikum an. Fichtner ist wegen schwerer Diebstähle mit 3 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Zuchthaus vorbestraft, während die übrigen Angeklagten noch unbestraft sind. Im Baltikum wurden sie wegen Plünderung eingesperrt, brachen aber aus und flohen. Nach einiger Zeit kamen sie nach Lübeck, dem Wohnorte Kloskowskys, wo sie verweilten.

In Lübeck versuchten Fichtner und Kloskowsky, wie der sich als Zeuge meldende Wildhändler Hümpel aussagte, am 5. Juni in dessen Wohnung einen Geldraub auszuführen. Beide drangen bei H. ein mit der Angabe, die Wohnung nach Waffen zu durchsuchen. F. trug die Uniform eines Unteroffiziers. H. merkte aber gar bald, daß es ihnen nicht um Waffen, sondern um Geld zu tun war. Er setzte sich mit einem Hammer zur Wehre, worauf auf Anraten von Kloskowsky beide die Wohnung verließen. Die Angeklagten bestreiten, es auf Raub abgesehen zu haben. Mit diesem Plane wird auch noch ein hiesiger Schumacher H., der auch als Zeuge vernommen wurde, aber nur wenig aussagte, in Verbindung gebracht.

Am 4. Juni gesellte sich der Angeklagte Carow zu ihnen, und da alle drei steckbrieflich verfolgt wurden, beschlossen sie nach Dänemark auszurücken. Sie fuhren mit der Bahn nach Hadersleben. Im Zuge lernte Fichtner den Kaufmann Schulz aus Seehausen kennen und erfuhr auch, daß er viel Geld bei sich trage, da er anscheinend hamstern wollte. F. faßte den Plan S. zu berauben. In Hadersleben stiegen die Angeklagten und Schulz aus. Während Fichtner und Schulz gemeinsam vom Bahnhof in die Stadt gingen, folgten die andern in einiger Entfernung. Auf dem Marktplatze trafen sie mit Fichtner zusammen, der ihnen dann den Plan mitteilte. Sie suchten sich außerhalb der Stadt einen versteckt gelegenen Platz aus, wo sie glaubten, ihr Vorhaben ungestört ausüben zu können. In einer Wirtschaft stärkten sie sich noch vorher zu ihrer Tat. Zu einer bestimmten Zeit wollten sich alle an dem verabredeten Orte treffen, wo Fichtner Schulz auch hinführen wollte. Dieser wurde dann von F. aus dem Lokal, wo er eingekehrt war, abgeholt, angeblich um in den Dörfern Einkäufe zu machen, führte ihn aber nach der mit seinen Kumpanen verabredeten Ueberfallstelle. Sie gingen durch das Gebüsch eines Knicks und nun schlug F. mit einem Revolver Sch. auf den Kopf, so daß er umfiel; darauf wurden ihm noch 11 Stiche mit einem Messer, meistens am Halse, beigebracht, welche den Tod verursachten. Darauf erfolgte dann die Beraubung von Geld, Uhr und sonstigen Wertsachen.

In der Verhandlung versucht F. einen großen Teil der Tat auf K. zu schieben, was dieser aber entschieden bestreitet. Er will nur in einer Entfernung den Vorgang mit angesehen haben, während C., der in weiterer Entfernung Schmiere stand, nach dem ersten Schlag ausrückte. F. behauptet auch, K. habe ihm das Messer gereicht, womit die Stiche ausgeführt wurden. Ob er selbst damit gestochen hat, will er sich nicht entsinnen können. Ferner habe K. seine blutbefleckten Hände später gewaschen. Alles dieses wird nicht nur von K. bestritten, sondern auch von C. anders dargestellt. Danach soll K. keine blutigen Hände gehabt haben, wohl aber sollen die Beinkleider des F. mit Blut beschmutzt gewesen sein. Nach den Angaben dieser beiden Angeklagten hat F. vorher gesagt, K. solle Sch. nur die Beine fortziehen, damit er zu Fall käme, das übrige wolle er dann schon selbst besorgen. K. behauptet ganz entschieden, daß F. den Mord allein ausgeführt habe. Er, wie auch C. wollen nichts mit dem Plane eines Mordes zu tun gehabt haben. Nach der Tat kehrten sie zur Stadt zurück und teilten das Geld. F. und K. erhielten je 2400 Mk., während C. 1000 Mk. bekam. Da aber der nächste Zug erst in einigen Stunden abfuhr, kehrten sie zu dem Tatorte zurück, wo die Leiche von F. zugedeckt worden ist. F. behauptet aber, K. habe sie zugedeckt. Dann verließen sie mit dem Zuge Hadersleben. In Lübeck erfolgte später ihre Verhaftung durch die hiesige Kriminalpolizei. Hier soll F. den Plan gefaßt haben, sowohl den Händler Ehrich als den Kaufmann Vandersen zu berauben, eventuell auch zu ermorden. Diesen Plan betrachtete F. als Scherz.

Der Sachverständige, der F. auf seinen Geisteszustand untersucht hat, bezeichnet ihn als einen geistig vollwertigen Menschen. Die als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten, die die Verhaftung vornahmen, können Wichtiges nicht aussagen. Der Bruder von Schulz sagt in seiner Zeugenaussage, daß der Ermordete von einem einzelnen wohl kaum zu überwältigen gewesen sei, da er keine Angst und Furcht kannte. Der Schwiegervater des K. gibt diesem Angeklagten das Zeugnis eines früher anständigen und humanen Menschen.

Der Vertreter der Anklage bezeichnet Fichtner als den Rädelsführer, dem es auf einen Mord mehr oder weniger nicht ankäme. Fichtner sei fest entschlossen gewesen, den Mord auszuführen. Er hält es für erwiesen, daß F. der Täter war, der Schulz ermordete, daher sei er auch wegen Mordes zu bestrafen. Kloskowsky habe nicht nur Schmiere gestanden, sondern habe auch an der Tötung mitgewirkt. Daher hätte er bei der Teilung des Geldes ebensoviel bekommen als F. Wahrscheinlich sei es auch, daß er F. das Messer gereicht und die Beine des Ermordeten ergriffen habe, damit dieser zu Fall kam. Carow hält er der Beihilfe für überführt. Gegen die beiden ersten Angeklagten beantragt er wegen Mordes die Todesstrafe, wegen Fahnenflucht und Raubes je 3 Jahre Zuchthaus. Gegen Carow insgesamt 7 Jahre Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Der Verteidiger Fichtners, Rechtsanwalt Munk, verweist darauf, daß der Angeklagte sich bis 1912 gutgeführt habe. Ein gewerbsmäßiger Raubmörder sei er nicht. Er sei im Felde von dem richtigen Wege abgekommen und erst im Baltikum verludert. Viele Merkmale der Tat sprechen dafür, daß die Tat ohne Ueberlegung ausgeführt sei. Kloskowsky wird von Rechtsanwalt Weyrowitz verteidigt. Dieser hält die Beteiligung K.s am Morde nicht für erwiesen, sondern nur am Raube. Es habe auch nur die Absicht des Raubes bestanden. Eine Bestrafung könne daher nur wegen Raubes erfolgen. Rechtsanwalt Muus verteidigt Carow. Er erhebt hervor, daß dieser an der Tat nicht beteiligt war und die ganze Sache nur widerwillig mitgemacht habe. Als der erste Schlag erfolgte, sei er sogar weggelaufen. Eine mildere Strafe sei am Platze.

Nach längerer Beratung verkündet das Gericht folgendes Urteil: **Fichtner wird zum Tode verurteilt**, auch werden ihm die Ehrenrechte aberkannt. **Kloskowsky erhält 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Carow** erhält **4 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.** Wegen Fahnenflucht werden alle Angeklagten freigesprochen, da sie annehmen konnten, daß sie nicht zum deutschen Heere gehörten. Für Fichtner hält es erwiesen, daß er die Tat mit Energie betrieben und mit Vorsatz und Ueberlegung ausgeführt hat. Bei Kloskowsky sei dies nicht erwiesen, ebenso auch nicht die Ueberreichung des Messers an Fichtner. Bei Carow hätte nur die Absicht des Raubes vorgelegen.

Fichtner nahm das Urteil gelassen auf, während Kloskowsky, der bei dem Antrage des Vertreters der Anklage auf Todesstrafe in starkes Weinen ausbrach, sichtlich über das Urteil erfreut war. Das Gericht macht zum Schluß die Angeklagten auf das Recht der Berufung aufmerksam.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 9. Dezember.

Alldeutsche auf dem Gimpelfang. Die Schuldigen an Deutschlands Zusammenbruch sind in ihrer Anmaßung wieder auf ihrem alten Höhepunkt angelangt. Die Großmäuler gehen auch hier auf den Mitgliederfang aus und flunkern vor, „durch Zusammenfassung aller nationalen Kreise die Not unserer Tage bannen zu können“. Vernünftige Menschen werden die Alldeutschen Blätter, die sie mit der Beitrittsaufforderung zugeschickt erhalten, alsbald in den Ofen werfen. Denn sie ersehen gleich aus der ersten Seite, daß nach altem Rezept weiter gelogen wird. Wird doch auf diesem Papier die überkühne Behauptung aufgestellt, die Alldeutschen ständen in ihrer Auffassung der politischen Verhältnisse und insbesondere in der Kernfrage der Kriegspolitik glänzend gerechtfertigt da. So etwas wagt man zu drucken, nachdem vor dem Untersuchungsausschuß die volksverderbende Politik öffentlich bloßgestellt wurde. Die wahnsinnige Politik möchten diese unverantwortlichen Hetzer weiter fortsetzen und damit gleichzeitig die alte Knechtschaft wieder einführen, wobei sie wieder nach Herzenslust walten und unterdrücken könnten. Die Beamten, unter denen die Opfer für die alldeutsche Politik in erster Linie ausgesucht werden, haben alle Ursache, den Sirenengesängen nicht zu lauschen.

Freigabe des Weizenbrotes. Wie bereits in Aussicht gestellt wurde, kann Weizenbrot vom 13. Dezember an ohne Berechtigungsschein auf die gewöhnliche Brotkarte bezogen werden, jedoch höchstens auf die sechs 300-Gramm-Abschnitte, also keinesfalls mehr als 1800 Gramm. Es handelt sich bei dieser Neuregelung um einen Versuch, hauptsächlich zu dem Zwecke, um den Kranken die Kosten des ärztlichen Attestes zu ersparen. Da Weizenmehl dem Landesversorgungsamt nur beschränkt zur Verfügung steht, wird der gewollte Zweck nur erreicht werden, wenn die Bevölkerung sich in dem Verbrauch von Weizenbrot Zurückhaltung auferlegt und dieses Brot in erster Linie den Kranken überläßt. Gebacken wird das Weizenbrot nur noch in Stücken von 200 und 900 Gramm. Die Herstellung von Semmeln wird wieder eingestellt, da die Nachfrage nach ihnen stark zurückgegangen ist.

Der Fernsprechverkehr mit Schweden ist, wie die Handelskammer mitteilt, wieder eröffnet worden. An Gebühren werden erhoben für ein nichtdringendes Drei-Minuten-Gespräch nach der schwedischen ersten Zone (Zentral-Telephonstation in Schonen nebst den dazugehörigen Netzen) 8,50 Mk. und nach der schwedischen zweiten Zone (Zentral-Telephonstation in Stockholm nebst den dazugehörigen Netzen, sowie diejenigen Zentral-Telephonstationen, die südlich vom Stockholmer Breitengrade bis an die Grenze von Schonen liegen, nebst den dazugehörigen Netzen) 12,— Mk.

Lebensmittelsendungen aus Amerika. Laut Veröffentlichung der „Neuyorker Staatszeitung“ ist vom 16. November die Versendung von Liebesgaben von Amerika nach Deutschland nunmehr freigegeben. Die Pakete werden ohne die bisher verlangte Einfuhrerlaubnis von den amerikanischen Postämtern angenommen. Die Pakete dürfen jedoch nur unverderbliche Nahrungsmittel und Sachen für den persönlichen Gebrauch enthalten, außerdem nur bis höchstens 11 Pfund schwer sein. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die 11-Pfund-Pakete an Luxusartikeln, wie Tee, Kaffee, Schokolade, Tabak usw. zusammen nur 1 Pfund enthalten dürfen, wenn sie zollfrei zugelassen werden sollen.

Briefbeförderung nach Amerika im Dezember. Für die nächsten Postabgänge nach Amerika treten die Schlußzeiten wie folgt ein: für den italienischen Dampfer nach Rio de Janeiro usw., von Genua am 18. Dezember, Postschluß in Frankfurt (Main), Auslandstelle, am 15. Dezember (letzte Beförderungsgelegenheit über Genua mit Zug D 2 Frankfurt—Basel 7 Uhr 26 am 16. Dezember); für den dänischen Dampfer nach Neuyork, von Kopenhagen am 16. Dezember, Postschluß in Hamburg (Auslandsstelle) am 13. Dezember mittags und in Emmerich (Auslandsstelle) am 12. Dezember; für den niederländischen Dampfer nach Neuyork, von Rotterdam am 19. Dezember, Postschluß in Emmerich (Auslandsstelle) am 17. Dezember vormittags und in Hamburg (Aus-

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

66. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Mutter hörte nicht und schob ihrer Tochter mechanisch die Tasse hin.

„Hörst du, Mama!“ sagte Anna drohend. „Eines Tages kommt er wieder. Und was machen wir dann?“

„Wer kommt?“ fragte die Alte giftig. „Kein Mensch. Und wenn er kommt, dann wird ihn die Polizei schon Mores lehren. Er ist verrückt und ist da, wo die Verrückten hingehören.“

„Das sagst du!“

„Pscht!“ zischte die Alte, die mit ihrem Fingernagel große Striche und Ausrufungszeichen an den Rand ihrer Zeitung machte. „Sei doch still! Ich arbeite.“

Einen Augenblick stieg in Anna der heiße Zorn auf. Sie hatte nicht übel Lust, ihrer Mutter die Blätter aus der Hand zu reißen und ihr die Fetzen vor die Füße zu werfen.

Für die Sorgen ihrer Tochter hatte diese kein Gehör. Die Befürchtungen, die Anna schlaflose Nächte bereiteten und ihr den Tag über den heiteren Sinn zum Genuß lähmten, behandelte sie als Lappalien. Sie hatte das Gefühl für alles andere verloren, außer für diese Beschäftigung, die sie Arbeit nannte. Das war, weiß Gott, ein prachtvolles Wort: Arbeit!

„Du bist sehr gut, Mama! Eine sonderbare Art von Arbeit, die du da betreibst. Es wäre viel nützlicher, wenn du sie sein ließest.“

Sie schenkte die Tasse voll, goß ein bißchen Milch nach, strich eine Semmel und schob der Alten beides hin.

„Nun laß mal deine kostspielige Arbeit! Es ist wirklich zu komisch, Tag und Nacht zerbrichst du dir den Kopf, wie du mein Geld am raschesten klein kriegst.“

„Willst du mir Vorwürfe machen, Anna?“

„Ich mache dir keine Vorwürfe, ich amüsiere mich bloß. Du sitzt da in einem Schlafrock, den man kaum noch Schlafrock nennen kann, dein Budget für die übrige Toilette ist auch minimal, essen tust du so viel wie 'ne Maus — und doch verschlingst du mehr Geld, als wir alle zusammen.“

Geängstigt, daß man ihr das, was ihren Lebensinhalt bedeutete, nehmen könnte, sah Frau Düsbach die Tochter an.

„Ich habe in der letzten Zeit Verluste gehabt, Anna. Wenn du etwas von der Börse verstündest, wenn du wenigstens Lust hättest, dich belehren zu lassen . . .“

„Ich werde mich hüten!“

„Dann würdest du kein Wort darüber fallen lassen. Daß man verliert, ist ein Unglück. Aber es kann mal vorkommen.“

„Dir passiert das aber in einem fort“

„Das ist nicht wahr!“ sagte die Alte leidenschaftlich. „Anna bedenke doch, daß alles nur deinetwegen geschieht. Wenn Horstmann stirbt und Lotte mündig wird, bist du auf ihre Gnade angewiesen. Aber bis dahin habe ich dein Vermögen verdoppelt.“

„Was bis dahin ist!“ erwiderte Anna mit melancholischem Spott. „Reden wir lieber nicht davon! Aber meinetwegen spekuliere du weiter. Ohne das kannst du ja nicht leben. Und vielleicht hast du auf deine alten Tage noch Glück. Lehrgeld hast du wenigstens genug bezahlt. Und wenn du Pech hast . . .“

„Beschrei es auch noch! Ich habe jetzt etwas vor, das muß gelingen. Du darfst mich nur nicht irre machen.“

„Und ich habe auch etwas vor,“ sagte Anna. „Ich werde an Bert auf fünf Jahre hunderttausend Mark leihen, damit er seine Architektenpläne wieder aufnehmen kann.“

Sprachlos, als wenn sie, Gott weiß, was für eine Entsetzlichkeit vernommen hätte, starrte Frau Düsbach ihre Tochter an.

„Was willst du?“

„Ich bin's satt, daß Bert immer da sitzt und seine schönen Kräfte in Nichtstun vergeudet. Er hat ein phänomenales Talent. Wenn er sich bloß ein bißchen dazu hielte, könnte er geradezu was Großartiges leisten. Ich will ihm nun auf die Sprünge helfen. Ich gebe ihm die nötigen Baarmittel, damit er sich mit einem alten Bekannten, einem sehr tüchtigen Geschäftsmann, associieren kann. Die beiden wollen in der Inselstraße Häuser auf Spekulation bauen. Das Terrain ist dort sehr billig für die schöne Lage. Mir scheint das eine prächtige Idee.“

„Anna, liebes Kind, wie kannst du das tun! An Bert hunderttausend Mark geben — damit er ein Geschäft anfängt! Was hat er denn gelernt, dieser geborene Müßiggänger, der zeitlebens nur das Geld aus dem Fenster geworfen hat. Häuser in der Inselstraße! Herr des Himmels, wißt ihr denn nicht, daß jeden Winter das Grundwasser in die Häuser kommt? Meine liebe, gute Tochter, hunderttausend Mark, das ist ein Vermögen! Das ist ein Loch, was sich nicht wieder zustopfen läßt.“

„Na, wenn schon,“ erwiderte Anna grob, „wenn du das Geld per tausend hinauspfefferst, werfe ich mal hunderttausend hinaus.“

„Ich hinauspfeffern! Du bist wahnsinnig! . . .“

„Basta! Ich bin nicht wahnsinnig! Ich weiß was ich tue. Es bleibt dabei.“

Aber die Alte preßte sich Tränen aus den runzeligen Augen und bedeckte die Hände ihrer Tochter mit Küssen.

„Kind, halt das schöne Geld fest! Es ist das Beste, was du hast. Nimm wenigstens die Hälfte!“

„Keinen Pfennig weniger.“

„Und wenn“ — die Alte stockte, ihre Stimme sank zu einem tonlosen Flüstern — „wenn Horstmann wiederkommt? . . .“

„Dann blüht mir das Gefängnis. Ebensogut wie dir. Aber es ist mir jetzt egal . . . Hörst du, es hilft kein Heulen. Bert bekommt hunderttausend Mark. Wenn ich ihm weniger gäbe, das sähe wie ein Geschenk aus, das wäre gemein anzunehmen. Es ist mein Liebstes auf der Welt. Um seinetwegen sitzt Gustav im Narrenhaus, um seinetwegen komme ich vielleicht ins Gefängnis — bon, ich hab's gewollt. Und da sollte ich für ihn nicht mal hunderttausend Mark opfern? Wofür fault das Geld da? Wenn Gustav zurückkommt, und er kommt zurück, das weiß ich so genau, wie ich weiß, daß ich mal graue Haare bekomme, häßlich werde und sterben muß. Er kommt wieder — ach, und dann wird er Augen machen, der arme Schelm! Da tun ihm meine hunderttausend auch nicht mehr weh. Wir sitzen ja alle in seinem Schmalztopf, du und Alice und Dehwitz, der Biedermann, und der Kutscher und die Köchin, ein ganzes Rattennest. Hier gehts nun mal wild her. So will ich auch dabei sein, zugreifen und dem Liebsten auf die Beine helfen. Was später kommt, schiert mich wenig. Adieu!“

Sie brach in ein hysterisches Lachen aus und ging hinaus, die Tür hinter sich zuschlagend.

An demselben Tag machte sie ihrem Freund das Anerbieten. Bert sträubte sich ein wenig, aber nicht mehr, als es der Anstand erforderte. Im Grund war er viel zu galant, um nein zu sagen. Anna, die dies fast gefürchtet hatte, war über seine Bereitwilligkeit zu Tränen gerührt. Sie zog seinen Kopf an ihre Brust und drückte einen mütterlichen Kuß auf seine Stirn, indem sie murmelte:

„Hoffentlich bringt das Geld dir Segen.“

Bert faltete seine Hände zwischen den Knien und sagte nach einer Weile gedankenvoll:

„Siehst du, mein Schatz, es gibt doch 'ne Art von Gerechtigkeit auf der Welt. Ich habe für die lieben Weiblein so viel Haare und Papas schönes Geld gelassen, bin jetzt gerade da angelangt, was man das niveau de rien nennt, und nun kommt so ein Engel vom Himmel, der mir wieder auf die Beine hilft. Wenn ich je was Schlechtes über die Frauen gesagt habe, nehme ich's jetzt wieder zurück. Alles in allem genommen, sind sie zehnmal besser als unsereins.“

So wurde das Baugeschäft von „Holleder u. Co.“ denn eröffnet. Bert stellte bei Schulte eine Reihe von Plänen und Skizzen aus, die vielen Beifall fanden. Eine Weile gefiel er sich in seiner neuen Rolle als der mit Arbeit überhäufte, von großen Plänen schwangere Geschäftsmann. Anna war glücklich über seine Wandlung. Sie nannte ihn nur noch ihren „Hof- und Leibarchitekt“. Noch im Winter wurde mit dem Bau des ersten Hauses in der Inselstraße begonnen.

(Fortsetzung folgt.)

landstelle) am 15. Dezember abends. — Abgesehen von diesen Beförderungsgelegenheiten werden wie bisher auch britische Dampfer zur Beförderung von Briefsendungen ohne Leitpermerk nach Amerika usw. benutzt; genauere Schlußzeiten können indes nicht angegeben werden.

Verleihung von Dienstauszeichnungen. Die militärischen Dienstauszeichnungen sind äußere Dienstabzeichen für langjährige — über die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen hinaus — geleisteten militärische Dienste; sie sind Friedensabzeichen, keine Kriegsauszeichnungen. Es können erworben werden: a) das Dienstauszeichnungskreuz: die Dienstauszeichnungen durch langjährigen aktiven Dienst, b) die Landwehrdienstauszeichnungen: durch besondere militärische Dienstbetätigung im Frieden in der Landwehr. Bei der Zuerkennung des Dienstauszeichnungskreuzes rechnet Kriegsdienstzeit als aktive Dienstzeit. Frühere aktive Dienstzeit, Uebungszeiten und tatsächliche Dienstzeit im Kriege begründen demnach — unter Hinzurechnung zuständiger Kriegsjahre — je nach den sich hieraus ergebenden Gesamtdienstjahren den Anspruch auf die entsprechende Dienstauszeichnung (nach 9, 12, 15 Jahren) oder das Dienstauszeichnungskreuz (nach 25 Jahren). Auf das Dienstauszeichnungskreuz haben keinen Anspruch diejenigen Beamten, Unterbeamten und Personen des Soldatenstandes vom Feldwebel abwärts des Heeres, die vor dem 16. August 1914 ausgeschieden sind und im Kriege keine Wiederverwendung fanden. Ansprüche auf die Landwehr-Dienstauszeichnung sind nur noch insoweit begründet, als die Dienstzeit bis Kriegsbeginn 1914 erfüllt war. Bei der Berechnung der Dienstzeit zählen Kriegsjahre und Auslandsaufenthalt in deutschen Diensten doppelt. Für die Anrechnung der Zeit der Kriegsgefangenschaft sind die Pensionierungsvorschriften maßgebend. Die durch die Verhältnisse verursachte teilweise unzureichende Listenführung bei den militärischen Dienststellen macht die Verleihung der Dienstauszeichnungen ohne Antragsstellung von Amts wegen an bereits entlassene Heeresangehörige unmöglich. Diese sind gehalten, Anträge auf Verleihung selbst beim zuständigen Bezirkskommando (Versorgungsstelle) zu stellen. Erfolgt diese Antragstellung nicht bis 1. 2. 1920, unterbleibt grundsätzlich die Verleihung. Auf spätere Eingaben wird Antwort nicht erteilt. Für bis 1. August 1919 zurückgekehrte Kriegsgefangene usw. gilt als Termin 1. Februar 1920 ebenfalls, für später zurückkehrende ist Schluß für die Einreichung der Anträge 3 Monate nach Eintreffen des letzten Kriegsgefangenen-Transportes in der Heimat.

Arbeiterbewegung.

14 000 Textilarbeiter ausgesperrt. Wie dem „Vorwärts" aus dem Elsaß berichtet wird, sind in Bühl-Gebweiler 14 000 Textilarbeiter ausgesperrt worden, weil sie nicht wieder 10 Stunden arbeiten wollten. Falls die Weigerung der Arbeiter andauert, ist die Einstellung von sämtlichen Industriebetrieben beabsichtigt.

Reich und Ausland.

Revolte im Gefängnis. Aus dem Gefängnis in Oels (Schl.) entkamen am Sonnabend 15 Strafgefangene, nachdem sie die Aufseher niedergeschlagen hatten. Dem sofort herbeigerufenen Militär und der Einwohnerwehr gelang es, acht von ihnen wieder einzufangen.

Bergsturz. Infolge des anhaltenden Regenwetters der letzten Tage trat auf der Saar-Bahnstrecke Hanzen-Wilingen ein gewaltiger Bergsturz ein. Die Massen überschütteten beide Gleise, so daß der Verkehr Trier-Saarbrücken vollständig unterbrochen ist.

Theater und Musik.

Das dritte Sinfonie-Konzert brachte wieder reiche Ernte. Im Mittelpunkt stand das große Klavierkonzert in D-Moll (Op. 15) von Johannes Brahms, ein Tongemälde von unvergleichlicher Leidenschaft. Es mag ganz dahingestellt bleiben, ob wirklich eine Aufführung von Beethovens Neunter und Robert Schumanns Selbstmordversuch Brahms bei der Empfängnis dieser Tondichtung bestimmend beeinflußt haben: ihre Schatten gehen um. Am Klavier, einem Steinway-Flügel, saß Walter Braunfels aus München, dem wir erst in einem der letzten Konzerte als beachtenswerten Komponisten begegnet sind. Er spielte mit Feuer und Begeisterung. Sein Anschlag war von peinlichster Sauberkeit. Keine Note ließ er unter den Tisch fallen. Johannes Brahms selbst dürfte mit ihm außerordentlich zufrieden gewesen sein, — wenn er dem Vortrage hätte beiwohnen können. Das Publikum war es jedenfalls. Es raste geradezu in Beifall und rief Walter Braunfels voll heller Begeisterung immer und immer wieder an die Rampe. Recht ansehnlich war der Anteil, den Franz v. Hoeßlin und der Orchesterkörper an diesem Erfolge hatten. Franz v. Hoeßlin lenkte und leitete mit Umsicht und Geschick, das Orchester spielte mit einem Feuer, das zündend wirkte. Dem umfangreichen Klavierkonzert von Brahms folgte Franz Schuberts Schwanengesang, die 7. Sinfonie in C-Dur. Im März 1828 setzte Schubert den Schlußstrich unter die Partitur. Im November darauf hielt er schon seinen Einzug in die Gefilde der Seligen. Wer sich in der Musikgeschichte etwas umgetan hat, weiß, daß es Robert Schumann gewesen ist, der die Sinfonie zu neuem Leben erweckt hat. Als er sie gelegentlich eines Besuches bei Schuberts Bruder in Wien auffand, sang er sofort ihr Lob in den höchsten Tönen und ruhte nicht eher, bis er Felix Mendelssohn-Bartholdy, den damaligen Leiter der Gewandhaus-Konzerte in Leipzig, für die Sinfonie mit seiner Begeisterung angesteckt und für eine Aufführung gewonnen hatte. Am 22. (nicht 21., wie es im Programmzettel hieß) März 1839 wurde sie zum ersten Male in Leipzig gespielt. Wegen ihrer „himmlischen Länge" hat sie auch späterhin noch manches Ungemach über sich ergehen lassen müssen. Bald hier, bald da maulten die Musiker, weil sie der Meinung waren, daß man ihnen mit dieser Sinfonie zu viel zumute. Aber all dieses Kreuz und Ungemach hat den Siegeslauf der köstlichen Sinfonie, deren novellistischen Charakter Robert Schumann ganz besonders betonen zu müssen glaubte, nicht aufhalten können. Es ist das Wien von damals in Sinfonie gesetzt. Franz v. Hoeßlin und sein Musikerchor spielten diese Riesensinfonie mit sicherer Eleganz und starkem Ausdruck. Alle Schönheiten der überreichen Partitur, die Schubertschen Geistes voll ist, kamen voll und ganz zur Geltung. Als Einleitung zum Konzert wurde Hans Pfitzners ebenso köstliche wie reizvolle Ouvertüre zum Weihnachtsmärchen „Das Christ-Elflein" (Op. 20) gespielt. Die Streicher — es wirken außerdem nur noch zwei Hörner mit — legten sich ordentlich ins Geschirr und spielten das weihnachtliche Tongemälde gar lieblich und fein. —o—.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Der Verlauf der am 1. d. M. stattgefundenen Versammlung des Neuen Grundeigentümervereins Lübeck u. U. von 1919, und die von Herrn Bankdirektor Hüne (Hamburg) gemachten Ausführungen sollten alle Mieter Lübecks zu ernstem Nachdenken führen. Sehen die Mieter noch immer nicht ein, vor welchem Abgrund sie stehen, und was ihnen bevorsteht, wenn dieser Verein seine in der Versammlung gemachten Vorschläge verwirklicht und damit seine Zwecke erreicht? Verlangt werden u. a. 20 Prozent für Gelder, die jederzeit vom gesunden Hausbesitz für 4—5 Proz. erhältlich sind. Und dabei läßt man auch nicht das geringste zur Instandhaltung der Wohnungen machen, wie dies das B. G.-B. ausdrücklich vorschreibt, ja sie sprechen dies ihren Mietern gegenüber sogar offen aus. Ein Mitglied äußerte u. a., der Verein müßte groß werden, dann würden die Mitglieder mit den Behörden ein Machtwort sprechen können, denn heute regiere die harte Faust! Auch riet derselbe den Anwesenden, die Mieten ruhig weiter zu steigern, um dem Mieteinigungsamt Arbeit zu machen. Sind das nicht ganz merkwürdige Ideen? Und das lassen sich die Mieter Lübecks ruhig gefallen? Wollen denn diese nicht auch zusammentreten, einen großen Verein gründen, um den überhandnehmenden Uebergriffen dieser Hausspekulanten nachdrücklichst entgegenzutreten, und dem Grundeigentümerverein zeigen, daß das Recht, aber nicht die harte Faust regiert? Schon einige Male wurde die Anregung zur Gründung eines Mietervereins gegeben; endlich scheinen sich Persönlichkeiten hierzu gefunden zu haben. An die Lebensfähigkeit eines solchen Vereins in Lübeck ich garnicht zu zweifeln. Ich habe sogar die feste Ueberzeugung, daß bereits Tausende von Mietern auf die Gründung eines Mietervereins warten. Vor allen Dingen müßte ein zu gründender Mieterverein einmütig Protest erheben gegen die Aufhebung der Mieterschutzgesetze, welche bekanntlich am 31. Dezember 1920 außer Kraft treten. Denn es ist ganz unverständlich, wie bis dahin die überall herrschende offenkundige Wohnungsnot auch nur soweit gemildert sein kann, daß eine Aufhebung der Schutzbestimmungen angängig ist. Die Aufhebung derselben würde unweigerlich eine starke Steigerung der Mieten im Gefolge haben und die große Masse der Mieter wirtschaftlich schwer schädigen. Die Mieterschaft muß deshalb von den gesetzgebenden Körperschaften im Reich, Staat und in den Gemeinden erwarten, daß sie nicht nur mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sofort die Verlängerung dieser Schutzbestimmungen veranlassen, sondern daß sie auch eintreten für die dauernde Beibehaltung und den weiteren Ausbau des bisher so segensreich gewirkten Mieteinigungsamtes, in Form eines Sondergerichts (Mietekammer). Außerdem gilt es, den gesunden, soliden Hausbesitz und die Mieterschaft zu schützen gegen Grundstücksspekulationen und gegen Bodenwucher, denn diese beiden Schmarotzer im Wirtschaftsleben führen zu einer Katastrophe auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt. „Selbsthilfe!" ist das Gebot der Stunde! Der Mieter muß sein Recht fordern, er muß für seinen Schutz selber sorgen! Das kann er nur, wie gesagt, im Verein mit seinen Leidensgefährten. —Z.—

Wo bleibt das Fett?

Wenn man heute bei den Schlachtern in die Läden steht und die Ochsenviertel betrachtet, so ist mir häufig der Gedanke gekommen, wo mag eigentlich das Fett des Tieres geblieben sein? In einem deutschen Wörterbuch habe ich einmal den Ausdruck „Rindertalg" gelesen. Jetzt gehört es sicher zu den teuren Fremdwörtern. Es werden nun jede Woche auf dem hiesigen Schlachthofe Rinder geschlachtet. Die Wochenzahl beträgt augenblicklich im Durchschnitt 60. Gehören sie alle zu den mageren Kühen Pharaos? Seit 1916 ist mir hiesiger Talg unbekannt. Dabei ist die Zahl der Schlachtungen in den Vorjahren noch bedeutend höher gewesen. Ich schätze 1918 wöchentlich 100 = 15 000 Pfund; 1917 vielleicht 20 000 Pfund und 1916 25 000 Pfund. Das sind zusammen 68 800 Pfund. Wo mag der Talg dieser Jahre geblieben sein? Sollte uns vielleicht zu Weihnachten eine Ueberraschung zuteil werden? Ich wage kaum daran zu denken. Sollte ich Luftschlösser gebaut haben, so wäre ich der betr. Verwaltung für Aufklärung sehr dankbr. h.

Die amtlichen stenographischen Berichte des Untersuchungsausschusses der deutschen Nationalversammlung über die Ursachen des Krieges, die Friedensmöglichkeiten und die wirtschaftlichen sowie militärischen Maßnahmen, die dem Völkerrechte widersprechen konnten, können nunmehr auch durch jede Buchhandlung und jedes Postamt bezogen werden. Sie erscheinen in dem Verlage der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32 und werden mit 20 Pfg. für den 16-seitigen Oktavbogen berechnet. Der Umfang kann vorläufig nicht abgeschätzt werden.

Zeichnungsschluß: 10. Dez. 1919 • Einzahlungstermin: 1.–8. Januar 1920 • 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:

10	Gewinne zu Mark	1000000	Mark	10000000
10	" " "	500000	"	5000000
10	" " "	300000	"	3000000
10	" " "	200000	"	2000000
20	" " "	150000	"	3000000
40	" " "	100000	"	4000000
100	" " "	50000	"	5000000
200	" " "	25000	"	5000000
400	" " "	10000	"	4000000
600	" " "	5000	"	3000000
800	" " "	3000	"	2400000
800	" " "	2000	"	1600000
2000	" " "	1000	"	2000000
5000 Gewinne			Mark	50000000

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.—8. Januar 1920.

Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.